

# Normants

# Berliner Volksblatt

**Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

**Wernsprecher:** Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 3. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

**Kernsprecher:** Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Letzte Mahnung des Reichskanzlers.

Bremen, 2. August. (W.B.) In einer von etwa 5000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach heute der Reichskanzler Bismarck über die wirtschaftliche und politische Lage. Er führte aus:

Als ich heute morgen in die Stadt kam, bin ich nicht hergekommen, um eine Rede der Resignation zu halten, nicht um Sie zu unterrichten von den täglichen Sorgen und Mühen, von denen die Regierung erfüllt ist, sondern ich bin hergekommen, um Ihnen Worte der Ermunterung, des Trostes, der Aufmunterung zu sprechen, damit wir in diesem großen gewaltigen Schicksal, das unser Land betroffen hat, uns nicht allein dem Schmerz hingeben, sondern ich will Sie aufrufen, mit uns, mit allen deutschen Regierungen mutig durch Arbeit.

durch freiwillige Arbeit den Weg zur Freiheit zu gehen. (Bravo!) Ich weiß, daß die Arbeit, die wir verrichten müssen, in unserem deutschen Vaterlande getragen sein muß von dem Gedanken hoher Ideale, daß wir aber gerade in diesen Idealen in unserem deutschen Volk nicht einig sind! Die einen schauen rechts, die anderen links, wieder andere schauen auf den dünnigen Pfad, der uns allein durch Arbeit vorwärts bringen kann zur Freiheit. Wir kommt es nicht darauf an, Illusionen zu wecken: Illusionen haben wir früher genug gehabt, im Weltkrieg. Nicht um Illusionen zu wecken, bin ich hergekommen, sondern um Ihnen zu sagen, daß wir uns nur durch treue Pflichterfüllung, durch harte, eiserne Arbeit den Weg zur Freiheit bahnen können. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten manche Enttäuschung erlitten; aber eines hat sich doch gezeigt, was nicht Illusionsmänner gewesen. Wenn man einmal in der Politik eine feste Richtung eingeschlagen hat, und wenn man diese Richtung innehält, dann muß man doch in der Welt Beachtung finden. (Sehr richtig!) Diese Beachtung in der Welt baut sich auf auf deutsche Charakterfestigkeit. (Bravo!) Der Weg, der uns vorzeichnet ist, ist der

Weg des Rechts.

ist der Weg, der nicht bezeichnet wird durch das blanke Schwert. (Bravo, Händeklatschen.) Es wird mancher unter Ihnen sein, der an den alten Farnen hängt. Ich nehme es niemandem übel, das ist Historie. Manchem wird es schmerzlich sein, wenn er an die alten Zeiten denkt. Allein die heutige Politik des Reiches kann sich

nicht umkleiden mit den Illusionen der Macht.  
Denn diese Faktoren sind nicht mehr vorhanden, sondern das heutige Reich und seine Führer müssen sich wappnen mit Geduld in der Ueberzeugung, daß der Kern der Welt und ihrer Geschichte ein moralischer ist (Händelskatholik), und ich glaube, gerade inmitten der großen strebsamen Arbeiterwelt Bremens, von deren Arbeit ich heute morgen ein Zeugnis bekam, inmitten der strebsamen Kaufmannschaft Bremens, das ein Ausgangspunkt ist für das Emporblühen des Welthandels, daß hier der Gedanke des Vertrauens Wurzel fassen muß und der großen moralischen Weltverfassung, die das Rechtsbewußtsein Deutschlands immer ausgezeichnet hat. Ich sagte vorhin, daß mancher nur mit Trauer Abschied nimmt von dem Gedanken, daß nicht die Macht allein die deutsche Politik regieren kann. Wir haben diese Macht nicht. Wir wissen aber auch, was gerade die Macht in den letzten Monaten für Unheil geschaffen hat. Wollen Sie wissen, was Macht ist, wenn sie brutal mißbraucht wird, dann, liebe Volksgenossen, schauen Sie auf Oberschlesien. Dort hat die Macht, und zwar die polnische Macht, nicht ganz ohne Verbindung mit Mächten, die den Gedanken des Rechts hätten hochhalten müssen, dort hat der Gedanke der Diktatur ein glänzendes, blühendes Land, wie wir es der Internationalisierten Kommission übergeben haben, beinahe an den Rand des Verderbens gebracht. Wir wollen keine Diktatur in der Welt, wir wollen nur eines, daß deutsches Land, das durch deutsche Arbeit, durch deutsche Kultur zu großer Blüte emporgewachsen ist, daß dieses Land nicht unter polnischer Diktatur dem Ruin preisgegeben wird. (Bravo.) Dort haben Sie den Mißbrauch der Macht gesehen, und ich glaube, niemand verkennet den großen Gedanken der Stunde, die uns bedrückt, wo sich zeigen soll, ob in Oberschlesien

ph die Vernunft oder wirtschaftliche Unvernunft in Überschleifen herrschen sollen. Ich habe genügend dargetan, wie wichtig es für die ganze Welt ist, daß an Stelle des Machtgebantens der Gedanke des Rechts zum Durchbruch kommt. Wir hören Stimmen des Rechts und des Friedens in der ganzen Welt. Aus Amerika, aus England hören wir diese Stimmen.

Wir wollen jede Stimme des Rechts und der Vernunft, ob sie jenseits des Meeres oder jenseits des Kanals ertönt, mit Dankbarkeit begrüßen.

Mit herzlichster Freude haben wir gehört, daß aus dem Munde führender Staatsmänner auf der Seite unserer früheren Gegner das Wort **Glad und Wohlfahrt der Völker** wieder öffentlich ausgesprochen wird. Liebe Volksgenossen, das deutsche Volk weih von vergangnem **Glad und Wohlfahrt** zu erzählen. Das große Weltgeschick hat diesen Friedensgedanken verschüttet und allein den **Machtgedanken** zur Geltung gebracht. Aber wenn drüben heute von **Glad und Wohlfahrt** gesprochen wird, so frage ich Sie, ob seit dem Waffenstillstand, der dem deutschen Volke die Waffen genommen hat, dieses Ziel, die **Wohlfahrt** und das **Glad** der Völker zu erneuern, wirklich das Ziel der führenden Männer gewesen ist? Schauen Sie hin auf die **Politik der letzten drei Jahre**, auf die **Politik der letzten Monate**. Mit ewigem Drohen tritt man uns gegenüber. Damit macht man keine **Wohlfahrt**, sondern nur neuen Haß. Wir haben in den letzten Tagen wieder erlebt, welche schweren **Wolken** wieder über unser deutsches

Vaterland heraufgezogen sind, während wir glaubten, dem wahren Gedanken der Liebe und der Versöhnung in der Welt zu dienen und damit den Völkern neues Glück und neue Wohlfahrt zu bringen. Ich habe nichts dagegen, wenn hier und dort der Ruf an mich herantritt: Herr Reichskanzler, Sie sind einen falschen Weg gegangen. Trotzdem würde ich, wenn noch einmal die schwere Entscheidung zu fällen wäre, eine Regierung zu bilden, welcher allein den Weg des Rechtes gehen. (Bravo und Händeklatschen.) Will man in der Welt dem großen Gedanken der sozialen Demokratie Rechnung tragen, dann darf man die Politik der deutschen Regierung nicht sabotieren, die getragen ist von dem Vertrauen der arbeitenden Welt und Handelswelt. Eine solche Sabotage würde ich auffassen als eine Sabotage der großen Ideale der Welt. Eine solche Sabotage wäre es, wenn trotz der Abstimmung in Oberschlesien Korruption und nicht das Recht in Europa zur Geltung kommen würde. Es ist eine große, gewaltige Stunde, die für die Machthaber der alliierten Mächte in dieser Woche anhebt. Alle Mächte moralischer Natur müßten mit eherner Stimme in die Welt hinausrufen: Jetzt achtet das Selbstbestimmungsrecht des obersten menschlichen Volkes, das mit aller Macht und Klarheit sich ausgesprochen hat! Jetzt achtet den Gedanken der Demokratie in der Welt, den Gedanken der Freiheit, wenn Ihr nicht dieses Europa dem Ruin, dem Elend, dem endgültigen Untergang weihen wollt! (Bravo! und Händeklatschen.) Von diesem Gedanken getragen, daß das Recht der Selbstbestimmung Oberschlesiens geachtet werden muß, haben wir feinerzeit unsere Politik eingeschlagen, die Politik der ehesten Erfüllung des Friedensvertrages. Mein Ideal, das ich persönlich erkämpfe, und für das ich jederzeit bereit bin einzutreten, ist das der

## demokratischen freien deutschen Volksrepubli.

(Beifall.) Wir verlangen, daß man unsere Ideale und unser aufrichtiges Streben achtet. Ich frage vor aller Welt, haben Sie je ein Volk gesehen, das solche ungeheuren Opfer auf sich nimmt, wie Sie durch unsere Steuervergütung gerade auch von den Lohn- und Gehaltsempfängern, von der deutschen Arbeiterschaft, von der Angestelltenschaft und Beamtenchaft verlangt wurden? Die Wohlfahrt aller Völker ist eng untereinander verflochten. Schauen Sie hinüber nach England! Sind nicht dort zwei Millionen Arbeitslose, die um ihr tägliches Brot ringen? Schauen Sie hinüber nach Amerika, sind es dort nicht doppelt so viele wie in England? Schauen Sie runtherum, wie das Wirtschaftsleben zusammengebrochen ist, wie die tausend wirtschaftlichen Fäden zerrissen worden sind durch das große Schicksal der europäischen Kriegskatastrophe.

Eingang dieser 7jährigen Epoche? Ein Uti-

Der europäische Gedanke

(Bei Schluß des Blattes teilte WTB. mit, daß es die Fortsetzung der Kanzlerrede erst morgen veröffentlichen würde.)

Warum sie nicht kommen.

Bis jetzt ist der Schritt der drei Entente-Mächte, der das französische Durchmarschverlangen sanktionieren soll, noch nicht erfolgt. Wie es heißt, hatten ihre Regierungen die Volschaster beauftragt, sich über diesen Schritt zu einigen; da dies aber nicht gelungen ist, haben die Volschaster wiederum ihre Regierungen ersucht, sich darüber zu verständigen und ihnen dann ihre Weisung zu erteilen. Es ist also möglich, daß nicht nur die technische, sondern auch die grundsätzliche Frage erst in der Sitzung des Obersten Ententesrates zu lösen versucht wird. Die Einladungen dazu hat Briand übrigens noch nicht ausgesprochen.

Paris, 2. August. (B.Z.) Dem „Temps“ zufolge soll die mit der Prüfung der oberschleifischen Frage beschäftigte Sachverständigenkommission spätestens bis zum 7. August ihre Arbeiten abgeschlossen haben.

**Ratibor, 2. August. (T.B.)** Gestern fanden an den Grubenplätzen im Rabiniter Kessler zahlreiche Polenerversammlungen statt. Wegen die Stadt Ratibor wird ein förmlicher Boykott durchgeführt. Die Bauern der umliegenden Dörfer dürfen keine Lebensmittel, besonders keine Kartoffeln und kein Gemüse auf den Ratiborer Markt bringen. Die Stadtbevölkerung ist dadurch in große Unruhe versetzt worden. (Hoffentlich interessiert das auch die Sachverständigen!)

Röln und Umgebung französischfrei.

Wie wir erfahren, dürfte in den nächsten Tagen die Stadt Köln und Umgebung, die in letzter Zeit auch von französischen Truppen besetzt war, von diesen wieder geräumt werden und nur noch von englischen Truppen besetzt bleiben. Letztere werden nunmehr auch das Gebiet südlich von Köln allein ostupieren.

## Umwänderung der Kohlensteuer.

Von Steiger G. Berner.

Die Antwort auf die Frage, wie die Kohlensteuer in der Zukunft aufgebracht werden soll, erfordert die gewissenhafteste Prüfung aller zuständigen Stellen der Arbeiterschaft. Das Reich will den Ertrag der Kohlensteuer von schätzungsweise 5 bis 6 Milliarden Jahresbetrag auf 9 Milliarden steigern, zugleich soll die Art der Steuererhebung neu geregelt werden. Der Reichskohlenrat soll sich entscheiden, ob er als Selbstverwaltungskörper gewillt ist, die erhöhten Steuern auf die einzelnen Schultern selbstständig zu verteilen und die Steuererhebung selbst vorzunehmen.

Ein endgültiges Urteil ist noch nicht möglich, denn es ist sehr wahrscheinlich, daß sich im Laufe der Verhandlungen und Diskussionen Momente ergeben, denn es ist sehr wahrscheinlich, daß sich im Laufe der Verhandlungen und Diskussionen Momente ergeben, die von einschneidender Bedeutung für die Beurteilung sein können. Es ist aber an der Zeit, daß die Frage der Kohlensteuergemeinschaft in weiteren Kreisen besprochen wird.

Die Kohlensteuer betrug bisher 20 Proz. des vom Reichskohlenverband festgesetzten Verkaufspreises für Kohlen. Diese 20 Proz. werden von den Syndikaten eingezogen und an das Reich abgeliefert. Die Abgabe war schematisch festgesetzt. Sie sollte dem Reich im Jahre laut Etat 4,7 Milliarden bringen. In Wirklichkeit brachte sie erheblich mehr, da ständige Kohlenpreiserhöhungen eingetreten sind, die infolge der automatischen Festsetzung der Steuer auf 20 Proz. auch die Steuererträge erhöhten. Insgesamt wird ihr Betrag im letzten Rechnungsjahre 6 Milliarden Mark ziemlich nahekommen. Die Festsetzung und die Erhebung der Steuer war einfach und bequem. Die schematische Festsetzung schlug jedoch allen den Anforderungen ins Gesicht, die man gerechterweise an eine Steuer stellen muß. Die Festsetzung führte dazu, daß jene Bezirke am höchsten besteuert wurden, deren Kohlenpreise bzw. Selbstkosten infolge der großen technischen und geologischen Schwierigkeiten am höchsten waren. So bezahlte z. B. das Ruhrrevier vor der letzten Preiserhöhung pro Tonne im Durchschnitt 20 Proz. von 170 M. = 34 M. Steuern. Das in seinen Gewinnungsverhältnissen viel schlechter dastehende Waldenburger Revier dagegen 20 Proz. von 240 M. = 48 M. Steuern. Noch schlimmer waren die Differenzen zwischen einzelnen Braunkohlenrevieren.

Diese Ungerechtigkeiten verbieten es, den so einfach erscheinenden Weg zu gehen, die Kohlensteuer glatt von 20 Proz. auf 30 Proz. zu erhöhen, um dem Staat statt 6 Milliarden 9 Milliarden Einnahme zu sichern. Daher muß jetzt ein Weg gefunden werden, die Steuer auf Grund gerechter Einschätzung festzusetzen. Daran schließt sich die zweite Frage, durch wen und wie diese Einschätzung erfolgen soll.

Die bestehenden Ungerechtigkeiten haben bereits im Juni dieses Jahres zum Erlaß eines Gesetzes geführt, durch welches der Reichskohlenrat und der Reichsrat für die bis zum 31. März 1921 vorgelehene Verlängerung der Erhebung der Kohlensteuer ermächtigt wird, für einzelne Bezirke und Kohlenforsten die Kohlensteuer zu ermäßigen. Das ist jedoch nur eine rohe Erleichterung, denn diese Bestimmung ermöglicht es nur, die allergrößten Härten zu beseitigen, während die vielen Unterschiede, die zwischen den Werten im einzelnen Bergbaubezirk bestehen, auch in Zukunft noch zu den größten Ungerechtigkeiten führen. Dieser jetzt beschrittene Weg zeigt jedoch die Richtung an, in der weitere Verbesserungen zu erzielen sind.

Richtungsgebend für die Stellung der sozialistisch gerichteten Arbeiterschaft zur Frage der Steuerergemeinschaftung ist für den Bergbau muß die Antwort auf die Frage sein, ob durch die Einführung der Steuergemeinschaft die Sozialisierung des Kohlenbergbaues gefördert wird oder ob ihr Steine in den Weg gelegt werden. Alle anderen Bedenken müssen hinter diesem Haupt Gesichtspunkt zurücktreten.

Die große Idee, die dem Gedanken der Steuergemeinschaft zugrunde liegt, ist, durch die Steuer das davon betroffene Gewerbe nicht zu ruinieren. Schon in früheren Zeiten erhob jedes von einer neuen Steuer betroffene Gewerbe ein mächtiges Geschrei und jammerte, daß es durch die Steuer ruiniert würde. Was aber jetzt an Steuern gefordert wird, geht so ungeheuer weit über die gewohnten Grenzen hinaus und bezeugt solchen stichhaltigen, durch einzelne Beispiele belegten Einwendungen, daß es ohne weiteres klar ist, ein Teil des betroffenen Gewerbes wird durch die Steuer ruiniert, wenn sie nicht so gestaltet wird, daß sie elastisch genug ist, um die Eigenheiten jedes einzelnen Betriebes bei der Besteuerung zu berücksichtigen. Man mag nun von unserer Bureaukratie eine sehr gute oder eine sehr schlechte Meinung haben, in dem Urtheil werden sich beide Theile einig sein, daß kein Steuergesetz geschaffen werden kann, das unsere Bureaukratie auf die Einzelbetriebe nach sachlichen Gesichtspunkten anwenden könnte, ohne den größten Schwierigkeiten zu begegnen. Sie würde es nicht nur dem einzelnen Betriebe nicht recht machen, sondern sie würde das ganze Gewerbe wie einen

Einzelnenpreis:

Die achtzeilige Kompartiment-  
folter 5,50 R. kleine Anzeigen  
das fettegedruckte Wort 1,50 R. (je  
löflich zwei fettegedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 1. — R. Stellungsfach  
und Schlußzeilenanzeigen das erl.  
Wort 1. — R. jedes weitere Wort  
50 Bf. Worte über 15 Buchstabe  
zahlen für zwei Worte. Familien-  
anzeigen für Abonnenten Zeile 2. — R.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Erwerbszuzug.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
Straße 3, abgegeben werden. Öffnung  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.



gestörten Ameisenhaufen in Aufregung bringen, wenn sie überhaupt in der zur Verfügung stehenden Zeit die Einschätzung vornehmen könnte. Alle diese Umstände veranlassen maßgebende Stellen zu der Überlegung, ob nicht der Weg der Steuergemeinschaft der bessere sei. Man glaubt, die Eigenheiten bei der Steuereinschätzung sachlich berücksichtigen zu können, wenn die Berufsgenossen, d. h. Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam, die Lasten auf das ganze Gewerbe verteilen. Nur die Festsetzung der vom Gewerbe aufzubringenden gesamten Steuersumme will der Staat vornehmen.

Die geplante Steuererhöhung rechtfertigt man in den maßgebenden Kreisen wie folgt: Die Höhe des Kohlenpreises hat ihre oberste Grenze erreicht, wenn der Weltmarktpreis der Kohle auch im Inlande erreicht worden ist bzw. wenn die ausländische Kohle im Inlande ist, im Inlande unserer deutschen Kohle Konkurrenz zu machen. Durch die in der Vorlesung erwähnte Steuererhöhung wird der Durchschnittspreis der Kohle pro Tonne um 25 Mark erhöht. Es ist zwar damit noch nicht der Weltmarktpreis erreicht. Wenn man jedoch alle die Faktoren berücksichtigt, die zu einer weiteren Erhöhung des Kohlenpreises führen müssen, wenn man ferner bedenkt, daß zwischen den einzelnen Sorten ziemlich weite Spielräume gelassen werden müssen, so läßt sich eine größere Erhöhung nicht rechtfertigen. Der Gedanke, der diese ungeheure Steuererhöhung als möglich erscheinen läßt, ist, daß die Kohlenpreise zukünftig dem Weltmarktpreis angenähert werden, die Erhöhung jedoch nicht den Unternehmern, sondern dem Volksganzen zugute kommen soll.

Eine von Arbeitnehmerseite nicht einfach von der Hand zu weisende Befürchtung geht dahin, daß die gesamte Steuersumme von 9 Milliarden Mark als feste Summe alljährlich aufgebracht werden muß, ganz gleichgültig, ob die Konjunktur gut oder schlecht ist. In schlechten Zeiten wird der pro Tonne aufzubringende Steuerbetrag infolge der geringeren Förderung höher sein als in Zeiten von Hochkonjunktur. Hierdurch wird für die Arbeitnehmer der Druck auf den Lohn in schlechten Zeiten fühlbarer sein. Die Krise wird dadurch verschärft werden. Die Erniedrigung der Steuer bei hoher Förderung wird aber andererseits darauf hinwirken, die Gesamtförderung möglichst zu erhöhen, um die Steuer auf eine recht große Produktion verteilen zu können.

Es ist weiter nicht zu verkennen, daß die Verteilung der Steuern auf die einzelnen Betriebe durch den Reichskohlenrat, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind, weitgehenden Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Einzelunternehmungen und die gesamten Betriebe bedingt. Dem Steuerausdruck, der für jeden Betrieb die Einschätzung vornimmt, Beschwerden prüft und über die Notwendigkeit der Abänderung von Steuern entscheidet, wird nichts verborgen bleiben können. Die Steuergemeinschaft wird den Kohlenbergbau durchsichtig machen; sie wird eine Förderung der Sozialisierungskommission erfüllen müssen, gegen die sich die Unternehmer bisher auf das entschiedenste gewehrt haben. Aber nicht nur die Arbeiter werden ein Interesse an der Durchsichtmachung der einzelnen Betriebe haben. Noch viel stärker wird das Interesse bei den Unternehmern hervortreten. Denn da das gesamte Gewerbe die gesamte Steuersumme bezahlen muß, wird es von jedem Unternehmen Rechenhaft verlangen, der da behauptet, nicht in der Lage zu sein, den auf ihn entfallenden Anteil zu bezahlen. Aus diesem gleichgerichteten Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern heraus wird der Selbstverwaltungskörper sehr bald einen Einblick in die Betriebe verlangen, und seine Forderung wird die genügende Unterstützung von Seiten der tüchtigsten Berufsgenossen aus beiden Lagern, d. h. Arbeitgebern und Arbeitnehmern, finden. Gibt man aber dem Selbstverwaltungskörper dieses Recht, ist es nur noch ein Schritt, seine dann selbstverständlich kommende Forderung zu erfüllen, auch Änderung im Betriebe verlangen zu können, falls diese zwecks Erhöhung der Leistungen für notwendig gehalten wird.

## Lieder der Toten.

Im Jahre 1915 starb Rudolf Stephan, 1920 starb Adolf Scheiber den freiwilligen Tod. Beiden singt freudigste Begeisterung den Hymnen, zu beiden sucht ein Band Lieder die Herzen und die Sinne hinzuziehen. Grausames Schicksal und früher Tod finden unsere Ohren offen und jeder neuen Stimmung vollendet zugetan. Es geht um das Bräutchen des Genies, das beide Male wie von selbst verständlich in die Freundesworte einfließt. Wir greifen zum Werk selber, das ohne Kommentar sprechen soll. Rudolf Stephan's Lieder (bei Schott) packen wirklich mit der Unmittelbarkeit einer schöpferisch großen Natur. Was in seiner „Rufst für Orchester“ noch Suchen, Kommen, seelische Zerrissenheit bei hochfliegendem Wunsch und hervorragendem technischen Kombinationsvermögen schien, ebnet sich im Lied zu einer tief innerlichen Sprache, die Sehnsucht und Erfüllung einer neuen, freihenden, dem harmonischen Gleichmaß fernem Zeit wird. Schwerblütige Texte setzen sich in diesen Noten wie Blei in unsere Adern, das Hohelied der Liebe und des Glücks braust hymnisch auf, in langsamer, untrennbarer Zweifelsamkeit steigen tief verborgene Lebenswerte aus Noten und Akkorden auf. Die Stille, die Reglosigkeit, der Schauer, das mystische Dunkel von Nacht und Seinsfests scheint neuen, ungelannten Atem zu gewinnen. Der Geist einer Dichtung ist in verschwebende, magisch wirkende Vision verwandelt. Das ist neu und groß und klingend. Wer hinter die Wirklichkeiten schaut, wer das zweite Gefühl aller Dinge erkennt, wird uns diese zwingenden Aussprüche eines Künstlers mit sich selber erschließen.

Bei primitiver Klingt Schreier's Lied. Dieser Unglückliche, der immer da, wo das größte Leben ihn nicht ausstieß, sich selber ausschaltete, verkleinerte, flagellantisches erniedrigte, trug ein gut oder böses Teil seines Schicksals in eigener Brust. Unverständnis, Quälereien, Sorglosigkeit der anderen, des Publikums und der Kritiker können Schreiber nicht so zerrissen haben, wie er sich selbst zerriss, er, der ewig Unzufriedene, Unzufriedenheit, nur im Eigentum frohe Mann, der Mitgefühl und Hof auf sich selber warf. Mag er so singt ein herrliches Freudenlied auf den leidenschaftlichen, eigenartigen und einzigartigen Künstler, dessen Begabung er erweist, dessen schwere seelische Entartung er aufdeckt, aber verkennt. In der Generalprobe zur „Scheidungsreise“ nahm man den Kapellmeister Schreiber, der das Werk studiert hatte, die Partitur fort. Ein anderer sollte den Premiererfolg des Dirigenten ernien. Und Schreiber ertränkte sich, während Berlin sich an dem Schmarren „Wer wird denn weinen“ blühte. Wer wird denn weinen? Alle, denen die Widerständigkeit des künstlerischen Betriebes die Galle kochen macht. In dem Liederheft stehen drei Lieder, einsam und schön und von mattem Glanz: „Die Konvalvenszentrin“, „Tragödie“ und „Der Tanz der Unsterblichen“. Nicht sehr neu, nicht sehr modern, aber rein in Stimmung, seelisch vertiefter Anteilnahme, verhaltener Leidenschaft und mitleidender Innigkeit. Nichts Gewolltes, unbewußt sein alles gegliedert, gesteigert, melodisch selber fließend und in weitem Abstand

Welcher ist ernsthaft die Frage zu erwägen, ob es angängig ist, einem Selbstverwaltungskörper eine solche wirtschaftliche und finanzielle Macht einzuräumen, wie sie die Erhebung und Festsetzung der Kohlensteuer bedingt. Er wird dadurch zu einem Staat im Staate.

Schon aus diesen Ausführungen geht hervor, welche Zukunftsmöglichkeiten sich eröffnen, wenn der Gedanke der Steuergemeinschaft im Kohlenbergbau in die Tat umgesetzt wird. Die Zukunft wird nun zeigen, was geschieht. Die Entscheidung wird aber diesmal weniger von dem Wahlwillen der beteiligten Parteien als von dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflusst werden. Wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern, wird man diese neuen Wege gehen müssen.

## Die Unterschlagung von Arbeitergeldern.

Die von uns und von der „Freiheit“ gestern abend veröffentlichte Zurechnung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Groß-Berlin, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft hat uns eine Berichtigung der Rechtsanwälte Herzfeld eingetragen. Sie lautet:

1. Es ist unklar, daß auch nur ein Pfennig der nach der Abrechnung vom 15. April 1921 vorhandenen 345 329,50 M. verschwunden ist. Nach den mir vorgelegten Bankbüchern und Belegen war dieser Betrag am dem angegebenen Datum bis auf den letzten Pfennig vorhanden.

2. Diese Bankbücher und Belege ergeben auch, daß die Behauptung, der Kassierbericht vom 6. Mai 1921 sei Lug und Trug, unklar ist. Diese Kassierbücher und Belege ergeben die Richtigkeit jedes einzelnen Postens dieses Kassierberichts.

3. Es ist daher unklar, daß nur 345 000 M. unterschlagen sind; wahr ist, daß auch nicht ein Pfennig unterschlagen ist, sondern daß die Einnahmen und vorhandenen Gelder ordnungsmäßig verbucht und für Unterstützungen, entsprechend den Aufgaben der Unterstützungskommission teilweise verwandt worden sind.

Die Rechtsanwälte Herzfeld teilen außerdem mit, daß Eckert, der festgenommen war, wieder entlassen worden ist.

Wir haben den „Vorwärts“ zur Veröffentlichung der Anfrage gegen die kommunistischen Treuhänder der Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft gern zur Verfügung gestellt. Wir werden auch weiter bemüht bleiben, in dieser Angelegenheit die Berliner Arbeiter gründlich zu unterrichten und gehen dabei nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten aus, sondern nehmen die Interessen der Berliner Arbeiter wahr. Deswegen sind wir verpflichtet, unsere Leser ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß die Berichtigung der Rechtsanwälte Herzfeld grundlegenden Wängel enthält.

Es wird nicht berichtet, daß die beiden kommunistischen Treuhänder Eckert und Hagen im November 1920, ohne den dritten Treuhänder zu unterrichten, rund 345 000 M. abgehoben haben. Die dem Rechtsanwalt Herzfeld vorgelegten Bankbücher und Belege mögen diese 345 000 Mark ausweisen, aber nicht als Gelder der Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft, denn deren Konto beträgt nur noch 250,50 M. Herr Herzfeld unterläßt es — wohl im Einvernehmen mit seinen Mandanten — mitzuteilen, auf welchen Namen diese Bankbücher und Belege lauten.

Die Veröffentlichung, die wir gestern abend brachten, betont, daß der Kassierbericht, der in der Generalversammlung der Betriebsräte am 6. Mai 1921 gegeben worden ist, Lug und Trug war. Die als Kassierer und Revisoren tätigen Kommunisten haben diesen Kassierbericht, die Bücher und die Belege geprüft. So lautet doch ihr Auftrag. Sie haben aber nicht mitgeteilt, daß die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft seit dem November 1920 nur noch 250,50 Mark Vermögen besaß. Sie prüften eine ganz andere Unterstühtungsorganisation, die heimlich sich die Geldmittel der Berliner Arbeiterschaft angeeignet hat. Die

Behauptung der Rechtsanwälte Herzfeld, daß die Einnahmen und vorhandenen Gelder ordnungsmäßig verbucht und für Unterstützungen entsprechend den Aufgaben der Unterstützungskommission teilweise verwandt worden sind, entspricht deswegen ebenfalls nicht den Tatsachen. Dennach ist doch Lug und Trug geschehen!

Es bleibt dabei: die zwei kommunistischen Treuhänder der Unterstützungskommission haben die Gelder abgehoben, ohne den dritten mitverantwortlichen Treuhänder zu unterrichten. Die als Kassierer und Revisoren tätigen Kommunisten haben die Generalversammlung der Betriebsräte in dem Glauben gelassen, die Geschäftsabrechnung ihrer Unterstützungskommission geprüft zu haben. Während sie in Wirklichkeit gemeinsam mit den beiden Treuhändern und bewußt diese Täuschung aufrechterhielten, verbrauchten sie die Gelder in einem ihnen richtig erscheinenden Sinne.

Nach dem großen Januarstreik 1918 wurde die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft ins Leben gerufen. Der Zweck war, die Angehörigen und Hinterbliebenen politisch Verfolgter und Inhaftierter vor dem größten Elend zu schützen. Summen, die in die Millionen gingen, hat die Berliner Arbeiterschaft im Laufe der Jahre für diesen Zweck aufgebracht. Die Verwaltung und Verteilung der Gelder lag in der Hand weniger Personen. Als Treuhänder waren bei der Dresdener Bank Emil Barth, Hagen und Paul Eckert eingetragen. Zwei Unterstützungen genügt, um beliebige Summen von der Bank abzuheben. Schon bei Gründung der Unterstützungskommission war die Arbeiterschaft in zwei Lager gespalten. Im Laufe der Zeit wurden aus den zwei gegnerischen Richtungen fünf. Trotz der immer mehr an Schärfe zunehmenden Bruderkämpfe wurde von den Arbeitern ohne Unterschied der Partei die gemeinsame Unterstützung aller durch politische Handlungen in Bedrängnis geratenen Volksgenossen hoch und heilig gehalten. Die Ruhe dieser freiwilligen Sammlungen waren in den letzten Jahren fast ausschließlich die Opfer kommunistischer Puffe. Kein SPD- oder USPD-Arbeiter ließ sich jedoch durch diesen Umstand bei der Zeichnung von Beträgen beeinflussen. Der Begriff der Solidarität war ihnen über alle parteipolitischen Gegensätze hinaus erhaben. Im Anschluß an den Märzputsch von 1921 gründeten die Kommunisten ihre „Rote Hilfe“. Zwischen diesen beiden in ihrem Wesen verwandten Unterstützungseinrichtungen mußten wohl oder übel Reibungsflächen entstehen. Waren doch beide auf die freiwilligen Beiträge der Arbeiterschaft angewiesen. Außerdem saßen in der alten Unterstützungskommission eine Anzahl Kommunisten, so die beiden Treuhänder Hagen und Eckert und der Kassierer Baer. Dieser unhaltbare Zustand mußte natürlich auf irgendeine Art ins reine kommen. Mittel und Wege für eine vernünftige Auseinandersetzung hätten bei gegenseitigem guten Willen schon gefunden werden können. Die Kommunisten verlangten jedoch nicht mehr und nicht weniger, als Auflösung der alten Unterstützungskommission und deren Aufgaben in der „Roten Hilfe“. Auf diese überstimmte Forderung konnten sich natürlich die anderen Parteien nicht einlassen. Grund eines Beschlusses der Generalversammlung der Betriebsräte von Berlin mußte zur Rekonstitutionierung der Unterstützungskommission geschritten werden. An dieser Rekonstitutionierung sich zu beteiligen, lehnten die Kommunisten ab. Die Rekonstitutionierung der Unterstützungskommission wurde am Montag, den 1. August, vollzogen. Als der unabhängige Treuhänder Barth am 2. August sich bei der Bank nach dem Konto erkundigte, stellte sich heraus, daß das Geld bereits verschwunden war. Die beiden kommunistischen Treuhänder Hagen und Eckert hatten das vorhandene Konto in Höhe von 345 000 Mark bereits abgehoben, aber schon — am 18., 19. und 20. November 1920.

Gleich nach der Spaltung der Unabhängigen in Halle haben die Kommunisten in aller Ruhe ausgefüllt, wie die Berliner Arbeiterschaft um ihre aufgesammelten Groschen am besten zu betrügen wäre. Diese Tatsache steht allen von den Kommunisten an den Arbeitern bisher verübten Schandthaten die Krone auf.

Hungerstreik einer Magdeburger Kommunistin. Eine Magdeburger Kommunistin namens Schumann befindet sich seit Mitte April im Magdeburger Gefängnis in Untersuchungshaft, weil sie die Beamten des städtischen Arbeitsamtes in öffentlichen Versammlungen beleidigt hat. Da die Inhaftierte noch keine Anklageurteil erhalten hat, ist Frau Schumann am Donnerstag voriger Woche zum zweiten Mal in den Hungerstreik getreten. Es muß schleunigst Klärung von der Behörde gefordert werden.

Klingelschur, ein beweglicher Sitz in der Badewanne und ein eiserner Ofen. Die hölzerne Badewanne war mit Porzellantaschen ausgelegt.

Im Laufe der Zeit traten Konkurrenzbadanstalten ins Leben, und dann erst folgte das Bad im Freien, dem sich, als Krönung der modernen Berliner Badekultur, in unseren Tagen das Familienbad am Wannsee- und Müggelseestrand angeschlossen hat — teils „als Vergnügen“, teils „zur Gesundheit und Stärkung körperlicher Kräfte.“ A. W. J. K.

Ausländer an höheren Lehranstalten. Nach einem Erlaß des Kultusministers dürfen Ausländer weder als Schüler an höheren Lehranstalten Preußens aufgenommen werden. Sie können auch die Prüfungen auf den Schulen ablegen; das Provinzialschulcollegium ist für ihre Zulassung zuständig. Nichtschüler dagegen müssen die Genehmigung des Ministers zur Ablegung einer Prüfung haben.

Einslein geht nach Rußland. Dem russischen Volkskommissar für Bildung und Unterricht, Lunatschski, ist es gelungen, Einslein für eine Reise nach Rußland zu gewinnen, wo er Vorträge über die Relativitätstheorie halten wird.

Eine anspruchsvolle Dame. Während Berlin unter der Hitze fast zusammenbricht, ist es der „Victoria regia“ unseres Botanischen Gartens noch nicht warm genug. Diese Wasserpflanze mit den nianthischen Blättern, die im Amazonasstrom in Südamerika zu Hause ist, steht gegenwärtig, da es infolge der Kohlenknappheit nicht möglich ist, die Temperatur ihres Glaspavillons auf der richtigen Höhe zu halten. Die Blütezeit, die sonst in der zweiten Hälfte des Juli stattfindet und ein zahlreiches Publikum nach Dahlem zu locken pflegt, erschießt daher in diesem Jahr „infolge der kühlen Witterung“ einen Aufschub.

Wiederaufleben der Holzschnitzerei. Die thüringische staatliche Kunstschule Empfershausen ist erweitert und nach Dornbach verlegt worden. Zum Direktor wurde aus Weimar der Bildhauer Fritz Böttke berufen.

Die Schule soll auch Kindern unbemittelter Eltern Gelegenheit geben, sich in der Bildhauerei auszubilden; sowie auch älteren Personen, die die Holzschnitzerei nur im Nebenberuf betreiben wollen. Die Lehrfächer sind: Schnitzen in Holz, Eisenblech, Bernstein, Meerschaum, Modellieren für Groß- und Kleinsplastik, Freihandzeichnen, Darstellungsskizzen, Ausführung von Werkstattzeichnungen, schließlich Gießen und Formen in Gips. Im allgemeinen ist eine dreijährige Studiendauer zur Ausbildung nötig.

An der Arbeiter-Bankanstalt. Arbeiterstr. 20, wird am 4. eine Ausstellung des Arbeiterkulturbüros eröffnet. Abends 7½ Uhr spricht Ernst Friedrich Gothe „Nachtsicht“.

Mademie für soziale Medizin. Die Charlottenburger Mademie für soziale und praktische Medizin beginnt ihren dritten Kursus am 4. Oktober. Er dauert bis zum 23. Dezember. Stundenpläne sowie alle weiteren Auskünfte sind erhältlich durch das Bureau der Mademie im Krankenhaus Westend, Büchelstraße 9, Wandauer Berg 15 und 16.

Eine Tagung deutscher Volkshochschulen wird vom 2. bis 5. September in L. d. d. stattfinden. Die Tagung wird durch zwei im Rahmen der Nordischen Woche abgehaltene Vorträge von Dr. Friedrich Schöber (Hafen) über die dänische und von Dr. v. Erdberg (Berlin) über die deutsche Volkshochschule eingeleitet.



## Hausfrau und Luxus.

Von Anna Blos.

„Bei einem gesunden Volke ist auch der Luxus gesund, bei einem kranken Volke krankhaft. In der Geschichte eines jeden wirtschaftlichen Institutes läßt sich die Geschichte des vergangenen Volkes, gleichsam in verjüngtem Maßstabe, wiedererkennen. Solange der Wohlstand eines Volkes wächst, pflegt auch seine Konsumtion zu wachsen. Der Verfall beginnt, wenn bei stillstehendem oder gar abnehmendem Wohlstande die Konsumtion zu wachsen fortfährt. Alsdann ist jeder Luxus unflug. Nun pflegt aber der wirtschaftliche Verfall eines Volkes von dem moralischen und politischen selten getrennt zu sein. Bei verfallenden Nationen ist der Luxus daher in der Regel auch unsittlich.“

Wie ein Menetekel starren mich diese Worte des Nationalökonomischen Rats an, als ich gerade im Begriff bin, über das Thema „Hausfrau und Luxus“ zu schreiben. Es ist ein Thema, das jetzt viel behandelt wird, namentlich in Versammlungen, welche die Berufsorganisationen der Hausfrauen in den Städten einberufen. An die Spitze sollte man die Frage stellen: „Was ist überhaupt Luxus?“ Und diese Frage ist kaum zu beantworten. Was dem einen das Selbstverständliche scheint, bedeutet dem anderen schon überschwinglicher Luxus. Johanna Kinkel schrieb einmal, wie gut es doch die Reichen hätten, die wenigstens im Bett bleiben könnten, wenn sie krank wären. Krankheit ist für viele arme Luxus, leider ein Luxus, der sich nicht vermeiden läßt. Und so gibt es auch vieles, was arme als Luxus ansehen müssen und was für die Gesundheit so notwendig ist, wie z. B. Bäder, Erholungszeit, häufiger Wäschewechsel, Butter, Eier, heute sogar Milch.

Als Luxus sollte man nur bezeichnen, was über die notwendigen Lebensbedürfnisse hinausgeht, zu denen gesunde Wohnungen, ausreichende Nahrung, saubere Kleidung u. a. zu rechnen sind. Das alles ist bei einem gesunden Volke Voraussetzung. Bei einem gesunden Volke wächst die Konsumtion, und damit können dann auch eine Reihe von Wünschen befriedigt werden, die über die notwendigen Lebensbedürfnisse hinausgehen. Und im Grunde gehört auch die Befriedigung solcher Wünsche zum Lebensnotwendigen. Ein gutes Buch, ein schönes Theaterstück, eine Reise, ein frohes Fest, alles das sind Dinge, die bei einem gesunden Volke keineswegs als Luxus gelten sollten. Sie geben Lebensfreude, Lebensmut und tragen dadurch zur Gesundheit bei. Aber all das ist Luxus für den Armen, und wird mehr und mehr Luxus, wenn ein Volk verarmt. In dieser traurigen Lage sind wir heute. Roscher warnt, daß der Verfall beginnt, wenn bei stillstehendem oder gar abnehmendem Wohlstande die Konsumtion zu wachsen fortfährt. Wer nur die Außenseite des Lebens in Deutschland heute betrachtet, der sieht nichts von einer Abnahme der Konsumtion. Die Mode, und nicht nur die Damenmode, ist heute raffinierter, luxuriöser wie je. Die Strümpfe müssen aus Fior oder Seide sein, denn die Mode verlangt, daß man sie möglichst ausgiebig feigt. Die Preise der feidenen Strümpfe sind ungeheuer, ihre Dauer dafür aber um so kürzer, und gestopfte Strümpfe zu tragen, gilt Modedamen und -herren als plebejisch. Die hohen Stiefel oder tief-ausgeschnittenen Schuhe aus feinstem Leder mit sehr hohen Absätzen müssen natürlich der Eleganz der Strümpfe entsprechen. Die feidenen, mit kostbaren Spitzen besetzte Unterwäsche, die Kleider, Anzüge, Hüte, Handschuhe, der kostbare Schmuck waren nie so luxuriös wie gerade heute, wo immer von unserer großen Not gesprochen wird. Nicht anders ist die Lebenshaltung der Kreise, die mit ihrer Kleidung so großen Luxus treiben. In den feinen Hotels, den Kurorten, den teuren Restaurants wird geschwelgt, so daß es für den, der nur diese Prasser sieht, scheinen muß, als ob Deutschland Ueberfluß an Lebensmitteln hat. In den Dielen und sonstigen Vergnügungstotale wird getanz, als ob wir keinen Londoner Vertrag unterschrieben hätten. Gewisse Gewerbe, wie Friseur, hatten nie soviel zu tun mit Frisieren, Ondulieren, Maniküren, Pediküren und wie all die Manipulationen zur künstlerischen Verschönerung des Menschen heißen.

„Deutsche Hausfrauen, kauft keine englischen, französischen, belgischen Waren!“ heißt es in den Wertblättern. In den Vorträgen wird auf die verschwenderische Haltung gewisser Kreise aufmerksam gemacht. Sehen wir dieses Leben und Treiben, dann begreifen wir, wie Roscher darauf hinweist, daß der wirtschaftliche Verfall eines Volkes von dem moralischen selten getrennt zu sein pflegt. Er warnt davor, daß auch der politische Verfall selten davon getrennt zu sein pflegt. Die Vorträge sind gewiß gut gemeint, und die Veranstalterinnen sind ernst denkende Frauen. Aber sie können ihm nicht steuern, denn ihre Macht ist gering. Die luststrebenden Menschen, das sind fast alle solche, die viel Geld haben, die leicht Geld verdienen und die Augen und Ohren verschließen vor dem Elend der Allgemeinheit.

Es ist natürlich nicht angängig, daß die Lebenshaltung aller die gleiche ist. Die Bedürfnisse und Gewohnheiten sind doch zu grundverschieden. Der Einkauf ausländischer Waren ist für die meisten Frauen eine Unmöglichkeit, der horrenden Preise wegen, aber ein Geschäftsmann sagte ganz mit Recht, die Waren würden nicht eingeführt, wenn sie nicht verlangt würden. Und würde man den öffentlichen Verkauf verbieten, so würden sich Hintertüren finden.

So wie die luststrebenden Damen bleibt auch die große Masse der Frauen den Vorträgen fern. Der Kampf, die Sorge um die Beschaffung der allereinfachsten, notwendigen Lebensbedürfnisse reißt sie auf, macht sie apathisch. Der Begriff „Luxus“ überträgt sich bei ihnen auf so ziemlich alles, was notwendig ist für den Alltag. Auch der Besuch von Vorträgen ist für sie Luxus.

Aber gerade der große Gegensatz, der sich allmählich herausbildet zwischen einer kleinen Schicht der Bevölkerung, die Luxus treiben kann, und der großen, der er verfallt, gibt Anlaß zu ernstester Sorge. Heute ist Luxus unflug. Böses Beispiel verdirbt gute Sitten. In den weiten Schichten, die sich jeden Luxus versagen müssen, wächst die Bitterkeit, wenn er ihnen so öffentlich vorgeführt wird. Zu dem wirtschaftlichen Verfall kommt also der moralische und schließlich der politische. Das muß zur Anarchie führen.

Wären unsere Feinde nicht gar so verblendet, so würden sie begreifen, daß sie uns davor bewahren müßten, wirtschaftlich noch mehr zu verfallen, sondern uns helfen, wieder in die Höhe zu kommen. Dann würde auch unsere sittliche Kraft wieder wachsen und damit die Kraft, Auswüchse des Luxus zu bekämpfen. Das läßt sich nicht durch Vorträge erreichen, sondern dadurch, daß man unser Volk zur Gesundheit verhilft, das sich dann wieder gesunden Luxus leisten kann. Wächst Produktion und Konsumtion des ganzen Volkes, wird es sittlich und politisch wieder gefunden. Das kann denen nur zum Vorteil gereichen, für die die drohende Anarchie in Deutschland auch schweren Schaden bedeuten kann.

Ein merkwürdiges und für die ungewöhnliche Hitze bezeichnendes Phänomen konnte die Mannschaft eines Doppeldeckers des Ruderklubs „Heldenbrunn“ feststellen. Der Doppeldecker hatte eine Fahrt nach dem Müggelsee gemacht, nahm aber nicht den gewöhnlichen Weg in der Richtung Rahndorf, sondern hielt ziemlich dicht am Ufer auf Restaurant Rübzahl. Bloslich merkte die Mannschaft einen intensiven Lastergeruch aufsteigen, der von dem Boot herüberhingen mußte. Man konnte sich den Geruch nicht erklären und ein Mann bog sich über Bord und wollte die blassen Wasser befindlichen Bootswand beschnüffeln, zog aber die Hand mit einem Schmerzensschrei zurück. Das Wasser war so heiß, daß er sich die Hand verbrüht hatte. Infolgedessen holte die Mannschaft alle Eier, die sie mitgenommen hatte, hervor, tat sie in die Taschentücher und hielten sie in den See; innerhalb vier Minuten waren sie schon weich gekocht. Auch wurden mittels Kescher Fische aufgefischt, die sich als vollkommen weich gekocht und für den menschlichen Genuß durchaus geeignet erwiesen.

Ein eigentümliches Mißgeschick stieß einem Wagen der Straßenbahnlinie 283 auf dem Wege zwischen Tempelhof und dem Steuerhausein zu. Der Führer mußte plötzlich halten, weil er, wie er später zu Protokoll gab, plötzlich das Gefühl hatte, als ob er nicht mehr auf eisernen Rädern, sondern auf Gummi fuhr. Kaum aber hielt der Wagen, so begannen sich die Räder infolge der enormen Hitze in ihre metallischen Bestandteile aufzulösen. In kleinen Rinnalen floß das Metall über die Straße. Der Wagen hingegen sank immer

tiefer, bis er mit dem Gestell auf dem Straßendamm stand. Er mußte später abgeschleppt werden.

Der Ingenieur Dr. techn. rer. Siebenflug hat eine ingenieure Erfindung gemacht. Er hat einen bequem zu tragenden Hut konstruiert, der in seinem Oberteil nach Art des Thermes ein Gefäß mit toltem Wasser birgt. Drückt der Träger des Hutes auf einen kleinen Knopf, so ergießt sich von den Krempen des Hutes ein sanfter erfrischender Sprühregen über Gesicht und Anzug. Das Polizeipräsidentium beabsichtigt, die Erfindung für die schweren heißen Helme der Schupo nutzbar zu machen.

Eine Streife der Schutzpolizei griff an den Ufern des Tegeler Sees ein knallrot und sehr rauh aussehendes, anscheinend unbekleidetes Individuum männlichen Geschlechts auf. Zur Wache gebracht, gab das Individuum zu Protokoll, daß es der unverheiratete und unbefristete August A. sei. Er habe ein Freibad nehmen wollen und dabei der Verlockung nicht widerstehen können, wegen der Hitze vollkommen unbekleidet zu baden. Aber auch dann habe die Hitze ihm so arg zugesetzt, daß er es einfach nicht mehr habe aushalten können. Da es unlogisch gewesen wäre, sich wieder anzuziehen, sei er sich noch Ueberwindung einiger Bedenken entschlossen, aus der Haut gefahren. Als er nach dem Bad wieder ans Ufer gekommen, sei seine Haut verschwunden gewesen. Da es gewisse gewissenlose Fabrikanten gibt, die aus Menschenhaut Portemonnaies machen, so wird vor Ankauf dieser Haut gewarnt.

Ein höchst belustigender Vorfall ereignete sich in der Potsdamer Straße. Ein Herr beobachtete, wie auf der linken Rückseite eines vor ihm gehenden in schärfster Weiße gekleideten Herren ein bräunlicher Fleck erschien, der sich zusehends vergrößerte, bis die eine Seite des Herrn total braun verfärbt war und die braune Flüssigkeit bereits zu Boden tropfte. Nummehr hielt es der Herr aus Grundsätzen der christlichen Nächstenliebe für geboten, den vor ihm gehenden Herrn auf das Malheur aufmerksam zu machen. Der Herr mit dem braunen Fleck war zuerst aufs höchste empört, sodann aufs tiefste erschreckt. Es stellte sich heraus, daß er ein Pfund Schokolade in die Tasche gesteckt hatte, die sich unter der Hitze völlig aufgelöst hatte.

**Nur keine Steuern zahlen.**  
Das immobile Kapital wehrt sich.

Der Schuhrverband für deutschen Grundbesitz hielt am Sonnabend im „Atheingold“ eine Versammlung ab, in der zu den Steuerplänen der Reichsregierung Stellung genommen wurde. Redner für die Tagung waren Rittergutsbesitzer Hilliger (Vorsitzender des Reichslandbundes), Stadtrat Humar-Münch (Mitglied des Reichswirtschaftsrats), Landtagsabgeordneter Dr. Pinner und Justizrat Dr. Hirt.

Die Ausführungen Hilligers waren ganz auf den bekannten agrarischen Ton gestimmt. Die Zwangswirtschaft war und ist nicht nach seinem Geschmack. Nur vom Ertrag könne die Landwirtschaft Steuern zahlen. Für die Eintragung einer Zwangshypothek sei der Grundbesitz niemals zu haben, am allerwenigsten, wenn diese auf Goldwährung laute. Wie heute gewirtschaftet werde, lehre die Tatsache, daß die Stadt Berlin an der Teltower Grenze Milch beschlagnahmt habe, die billiger als zu den vorgeschriebenen Preisen verkauft werden sollte (?). Der Achtstundentag sei die größte Lüge der Revolution. Der Bauer müsse arbeiten, wenn er seinen Besitz aufrechterhalten wolle, aber so dumm sei er nicht, nur für den Feindbund durch Belastung seines Besitzes arbeiten zu wollen. Der Besitz sei heute eine ungeheure Last. (Merkwürdig, daß die „armen Befehlenden“ sie immer noch tragen können.) Die Red. Der Ertrag dürfe aber auch nicht so beschritten werden, daß nur das kümmerliche Leben übrig bleibe. (Vehementer Beifall.) Stadtrat Humar legte sich besonders für die Hausagrarier ein. Sie würden durch die gewaltige Schuldenaufnahme sicher zugrunde gehen. Die Mieten ständig mit den laufenden Ausgaben in Einklang zu bringen, wäre viel richtiger und auch nützlicher für die Staatseinnahmen gewesen, als die künstliche Niedrighaltung durch Gesetze und Zwangsverordnungen. Die Zwangshypothek bleibe unannehmbar. Es mache zuweilen den Eindruck, als ob man sich dem Feindbund unterwerfen und kniefällig ihm ganz Deutschland ausliefern wolle. Der Mann, welcher der Regierung zu einer solchen Maßregel gehalten habe, sollte von seiner Tätigkeit ferngehalten werden. (Rufe: „Er muß raus.“) Dr. Pinner wies darauf hin, daß es verfrüht erscheinen könne, jetzt schon zu den wirtschaftlichen Plänen der Regierung Stellung zu nehmen, da eigentlich erst die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth vorliege. Dieser habe in seinen Reden als Mathematiker gesprochen. Als vorzügliche Darlegungen müßten die Ausführungen Helfferichs gelten (!). Der Kapitalist nehme von seinen Ertragsmitteln

worden. Er wollte sich Lektüre mitnehmen, gute Bücher, die seiner Phantasie gesunde Nahrung und seinen Nerven Ruhe geben würden.

Doch da traf er eines Tages unter den Linden Frau von Marißch, die, als er sie grüßte, auf ihn zukam, ihm die Hände entgegenstreckte und ihn in einer Weise ansah, die ihm verriet, daß sie ihm verziehen hatte und daß es sie nach wie vor zu ihm hingog.

Er war zunächst unwirsch und fast unhöflich zu ihr, widerstand aber schließlich doch nicht dem Charme, mit dem sie seine geistliche Kälte überfiel.

„Sind Sie so sehr Ehemann und Vater, daß Sie keine schöne Frau mehr anzublicken wagen?“ rief sie lachend aus. Seine schnell wiedererwachte Sinnlichkeit streifte sie und entzündete sich im Nu an ihr, zu einem Strohfeuer, das er lustig aufsprasseln ließ, da es ihm doch so leicht war, es sofort wieder zu löschen.

Bislangig aber überfiel ihn zugleich ein Gedanke, eine Idee, mit der zu spielen ihn in diesem Augenblick ungemein reizte. „Haben Sie noch die Papiere, die ich Ihnen verkauft habe?“ fragte er sie.

„Es waren hunderttausend Mark, die ich verloren habe,“ antwortete sie spöttisch, „ich habe sie so leicht nicht vergessen, trotz der Millionen, über die Sie vor Jahr und Tag so trefflich unterrichtet waren.“

„Haben Sie sie noch?“

„Ich habe sie noch, da kein Zweiter mehr so verliebt war, sie zu kaufen.“

„Sie glauben natürlich, daß ich Sie damals betrogen habe?“ fragte er.

Sie neigte belustigt den Kopf zur Seite. „Ich denke mir, daß es nur Ihrem Wunsch entspricht, wenn ich das glaube!“

„Sie täuschen sich,“ sagte er ernst. „Ich gebe zu, daß jene Papiere nahezu wertlos waren, als ich sie kaufte, — aber Sie dürfen es mir glauben, daß ihr Wert wieder steigen wird und daß Sie noch auf Ihre Rechnung kommen werden.“

„Sie irren doch,“ meinte sie betroffen. „Eine Gesellschaft, von der Sie reden, ist bankrott.“

Er lächelte. „Meine Mission ist es, bankrotten Gesellschaften neues Leben einzuhauchen. . . Wie, wenn ich es auch bei dieser versuche? Trauen Sie mir einen Erfolg nicht zu?“

(Fortf. folgt.)

klaras und Doras und all der anderen. Sein Herz sprach nicht mit, das war klar, es war nur, als ob es nach leidenschaftlichem Begehren, nach Kampf und Sieg ausruhen wollte.

Doch sein Blut wurde heiß und verlangend und machte den Schlaf in den warmen Nächten unruhig und schwül.

Immer häufiger und immer interessierter betrachtete er auf den Straßen die Frauen. Seine Augen wanderten von einer zur anderen, sie schätzten sie ab, suchten ihre Geheimnisse zu erspähen, und seine Gedanken und Vorstellungen trieben mit ihnen ein Spiel, das voll leichter Zärtlichkeit und beherrschender Leidenschaftlichkeit war.

Er schob es auf seine Nerven und dachte: Es ist Zeit, daß ich ausspanne!

Allein es kam wieder und wieder, verließ ihn nicht, hielt ihn fest und verwirrte in solchem Grade seinen Willen, daß er wütend wurde und sich, um der Sache, die lächerlich war, zu beenden, zu Handlungen entschloß, die, wie er dachte, ihm dazum mußten, welche jämmerlichen Richtigkeiten er da nachjagte.

Er knüpfte ein Verhältnis an und löste es zwar wieder ebenso schnell, als er es begonnen hatte, wandte sich aber doch einem zweiten zu, dem gern ein drittes folgte.

Bin ich ein Narr? fragte er sich und war sehr erstaunt über sich, wie über eine Entdeckung, die ihm zuvor unmöglich erschienen war.

Er riß sich gewaltsam los und wandte sich mit doppelter Zärtlichkeit wieder seiner Frau zu, die ihm indessen — sei es, daß sie seine Wandlung ahnte, sei es, daß das Kind ihre ganze Liebe in Anspruch nahm — kühler begegnete, als sie es je getan hatte.

„Liebst du mich nicht mehr?“ fragte er verzweifelt.

„Doch,“ lächelte sie, „warum sollte ich dich nicht mehr lieben?“

„Ich finde, daß du kalt bist!“ sagte er sehr scharf, bereute freilich sofort seinen Ton und bat sie um Verzeihung, der Treulosigkeiten eingedenk, die er sich ihr gegenüber hatte zuschulden kommen lassen.

Er verbannte jetzt ernstlich diese Richtigkeiten aus seiner Phantasie, die überhitzt war, weil sie allzulange hatte hungern müssen, und beschloß, seine geplante Reise ins Riesengebirge jetzt endlich zu verwirklichen.

In irgendeinem stillen Waldwinkel dort wollte er ausrufen. Schon lange war er geistigen Dingen fremd ge-

## Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Ein Raubtier!“ sagte, wie es auch Frau von Marißch einst getan hatte, ein Freund des Direktors einmal zu diesem. „Aber eines, das von Natur keins war,“ versetzte der Direktor, „das es erst durch die Umstände geworden ist und das seinen Ehrgeiz darein setzt, es zu sein.“

„Durch die Umstände!“ lachte der andere. „Natürlich durch das Gefängnis.“

Die Strafe, die Reisner verbüßt hatte, war längst bekannt geworden, aber gerade das hatte ihm nicht geschadet, im Gegenteil genügt. Man glaubte nun zu wissen, woran man mit ihm war, und beruhigte sich damit, Reisner sein Gift aufzupappen, ohne welches nun kein Mensch auf der Welt der Gesellschaft gegenüber denkbar zu sein scheint. Und da Reisner, ebenso wie seine Frau, deren Prozeß gleichfalls bekannt geworden war, sich der Gesellschaft nicht aufdrängte, sie vielmehr mied, waren Reibungen ausgeschlossen und die Akten über seinen Fall geschlossen und vergessen.

„Ich habe nur die Wahl,“ sagte Reisner einmal zu seiner Frau, „von den Menschen verachtet oder gefürchtet zu werden. Ich ziehe das letztere vor.“

„Das tust du nur,“ versetzte sie, „weil du selbst die Menschen entweder verachtest oder fürchtest.“

„Was würdest du an meiner Stelle tun?“

„Mein Fall zwingt mir selbst einen Standpunkt auf. Er ist der: mir sind die Menschen gleichgültig geworden.“

„Aber es gibt auch gute Menschen,“ wandte er ein, „wie soll man sich ihnen gegenüber verhalten?“

„Ich weiß nicht,“ antwortete sie, „ich habe Menschen, die nur gut, das heißt: selbstlos waren, noch nie kennen gelernt, — und ich kann sagen, daß mir viele Menschen bekannt geworden sind!“

In jener Zeit pochte, zuerst zögernd, dann immer heftiger, in Reisners Blut wieder jener dunkle Trieb, der ihn zum Weibe hindrängte.

Sonderbar war, daß er dabei seine Frau nach wie vor liebte, ja, anbetete.

Verstohlen und ohne es sich anfangs einzugestehen, gedachte er der vorjährigen Zeit in Südtirol, erinnerte sich



nur was er zum Leben brauche, das andere gebe er in die Volkswirtschaft zurück und so komme es auch dem Arbeiter zugute (!). Sinnes und andere könnten leben, auch wenn ihnen alles weggekauft werde, aber viele würden nicht leben können, wenn Sinnes und die Ausgesteuerten nicht mehr da wären. Hierauf sprach noch Justizrat Dr. Hirtz. Dann wurde eine den Ausführungen der Referenten entsprechende Entschließung angenommen.

Früher konnten diese Herren nicht laut genug betonen, daß sie „Gut und Blut“ fürs Vaterland opfern wollten. Nachdem das Blut von Millionen geopfert ist, liegt ihnen alles daran, die „ungeheure Last des Besitzes“, wie Herr Hilger so schön sagte, zu behalten. Man kann daraus wieder sehen, wie edelmütig und selbstlos diese Leute sind, die lieber allein diese Lasten tragen, als daß sie anderen zumuten, sie ihnen abzunehmen. Sie haben noch immer den Beweis geliefert, daß sie als brave Männer an sich selbst zuletzt denken — wenn sie zählen sollen.

## Die neuen Zwanzigmarscheine.

### Verfehlungen eines Waffensammlers.

Durch eine Reihe der unglauwbildigsten Ausreden versuchte der frühere Waffensammler Zientawski seine Lage zu verbessern. Unter der Anlage des schweren Diebstahls, der Verleitung zum Meineid, der unerlaubten Entfernung und der Entwendung dienstlicher Gegenstände hatte sich J. vor der Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die recht umfangreiche Anlage hatte erst bei dem Militärgericht geschwebt, war dann aber nach Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit dem bürgerlichen Gericht zur Aburteilung überwiesen worden.

Vor einiger Zeit wurde in den Geschäftsräumen der Reichswehr-Flakabteilung ein Einbruch verübt, bei welchem den Dieben 24 000 Mark in neuen Zwanzigmarscheinen in die Hände gefallen waren. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den Waffensammler der Abteilung, den jetzigen Angestellten Zientawski, der sich durch große Geldausgaben und insbesondere durch die Herausgabe neuer Zwanzigmarscheine verdächtig gemacht hatte. Er wurde verhaftet, leugnete aber auf das entschiedenste, etwas mit dem Diebstahl zu tun zu haben. Den Besitz der neuen Scheine versuchte er damit zu erklären, daß er von seinem Schwiegervater 4800 Mark in neuen Zwanzigmarscheinen zur Anschaffung von Möbeln erhalten habe. Durch einen Zufall war jedoch ein Brief abgegangen worden, in welchem er seinen Schwiegervater bat, doch auszusagen, daß er das Geld von ihm erhalten habe. Als diese jetzt als Verleitung zum Meineid angeführte Ausrede nicht „zog“, kam J. mit einer neuen, ebenfalls sehr unglauwbildigen Angabe. Er behauptete jetzt plötzlich, daß er eines Tages in der Hardenbergstraße ein Paket mit 8000 Mark in neuen Zwanzigmarscheinen gefunden habe. Schließlich behauptete er auch noch, das Geld in einem Spielklub gewonnen zu haben.

Vor Gericht wies Rechtsanwalt Walter Heyn darauf hin, daß der Angeklagte durch diese irdischen Angaben seine Situation selbst verschlechtert habe. Offenbar wollte er den wirklichen Einbrecher schonen. — Der Staatsanwalt beantragte 2½ Jahre Zuchthaus. Das Gericht folgte jedoch infolgedessen den Ausführungen der Verteidigung, als es den Angeklagten nicht als den Dieb ansah und ihn deshalb von der Anlage des Diebstahls und der Verleitung zum Meineid freisprach. Dagegen wurde J. wegen Hehlerei, Unterschlagung und Fahnenflucht zu 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4½ Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

## Großer Scheckschwindel.

Bei einer Reihe von Großbanken waren in der letzten Zeit amerikanische Schecks vorgelegt worden und zur Auszahlung gelangt, die, wie sich später herausstellte, gestohlen worden waren. Die einzelnen Schecks waren über Beträge von 100 000 Mark und mehr ausgestellt. Nachprüfungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Einführer oder die Einführerin der Schecks sich entweder Reimer, Meyer oder Ullmann genannt hatten. Um den Beträgern auf die Spur zu kommen, hatte die Kriminalpolizei in alle Banken angewiesen, Personen, die unter den angeführten Namen Schecks zur Einlösung vorlegten, sofort festnehmen zu lassen. Gestern mittag wurde nun wieder ein solcher Scheck präsentiert. Der Vorzeiger wurde verhaftet und als der Postbote Theodor Ullmann aus der Brandenburger Straße 26 zu Mahlsdorf festgesetzt. Wie die weiteren Nachforschungen bald ergaben, hatte dieser Ullmann gemeinsam mit dem Postboten Fritz Ullrich aus der Friedrich-Karl-Straße 29 zu Lichtenberg, der ebenso wie er als Sortierer auf dem Postamt C. 2 beschäftigt war, gestohlen. Die beiden ungetreuen Postboten haben in der Tat eine ganze Anzahl amerikanischer Schecks aus Briefen gestohlen und dann selbst oder durch ihre Frauen zu Geld gemacht. Während Ullmann und seine Frau sofort festgenommen werden konnten, ist Ullrich flüchtig. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurden aber nicht weniger als 115 Briefe gefunden, die er an einem einzigen Tage unterschlagen hatte. Einige von ihnen enthielten noch Schecks von 10 000 bis 70 000 Mark. Auf seine Ergreifung und die Wiederbeschaffung des veruntreuten Betrages sind von der Oberpostdirektion 2000 Mark Belohnung ausgesetzt.

## Amerikanisches Geld.

Was ein von Ausländern besuchtes Nachtlokal einbringen muß, zeigte eine Verhandlung gegen den Gastwirt Jiborius. Der Angeklagte war früher Besitzer einer jener Luxusbars, in welcher der gewöhnliche Mensch bis hinauf zum Minister infolge Geldmangels nicht verkehren kann, so daß sich hier nur die Herren Kriegsgewinnler, Schieber und dant der Salutarium Ausländer ein Stellbühnen geben können. Als am 1. August d. J. hier zwei Sipobeamte erschienen und Schluß boten, da die Polizeistunde längst eingetreten war, nahm sie der Angeklagte beiseite und bot ihnen einzeln je 10 000 Mark an, wenn sie es dulden würden, daß das Lokal noch eine Stunde länger geöffnet bleibe. Es seien gerade reiche Ausländer und andere gute Gäste da, welche große Setzgebühren machten. Die beiden Sipobeamten lehnten jedoch das ihnen angebotene gute Geschäft schroff ab und erstatteten Anzeige wegen versuchter Verleitung.

Vor Gericht stellte Rechtsanwalt Dr. Erich Juliusberger unter Beweis, daß nicht der Angeklagte selbst das Geld angeboten habe, sondern ein reicher Amerikaner, der sehr unwillig darüber war, daß ihm schon um 11 Uhr die Möglichkeit genommen werden sollte, sein Geld auf mehr oder weniger anständige Weise loszuwerden. Dieser habe sich bereit erklärt, für die Armen der Stadt Berlin jene Summe herzugeben, wenn es ihm dadurch möglich sei, noch eine Stunde länger Setz zu kneipen. Das Gericht glaubte dem Angeklagten, daß er in einem Falle lediglich den Dolmetscher für den deutschen Sprache unfähigen Amerikaner gespielt habe. In dem zweiten Falle habe sich der Angeklagte jedoch der Beihilfe schuldig gemacht. Das Urteil lautete deshalb nur auf 15 000 Mark Geldstrafe.

## Der „Tipser“.

Ein falscher Jodel ist vor der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Es handelt sich um einen „Tipser“ Wilhelm Behrends, der schon wiederholt die Strafbehörden beschuldigte. Behrends prahlte überall mit seinen guten Verbindungen, die er als Jodel habe und ließ durchblicken, daß er als solcher auch „törrische Tips“ habe. Die Weisungen suchten seine nähere Bekanntschaft und gaben ihm gern größere Beträge, wenn er sich bereit erklärte, diese für sie auf der Rennbahn anzulegen. Schanzwirts, Zigarrenhändler und viele Privatpersonen wurden durch den Schwindler, der sich zuletzt Jodel Unruh nannte, um Beträge bis zu 50 000 Mark erleichtert. Behrends steckte nämlich das Geld in seine Tasche und verbrauchte es für sich. Den Geschädigten erzählte er dann, daß sein Favorit gescheitert worden sei und er das ihm überlassene Geld und dazu sein eigenes verloren habe. Verschiedene Geprügelte schöpften jedoch Verdacht und erstatteten

Anzeige bei der Kriminalpolizei, die bald sah, daß es sich um den ihr bekannten falschen Jodel handelte. Gestern gelang es nun, ihn in einem Hotel in der Gartenstraße, wo er unter falschem Namen wohnte, zu ermitteln und festzunehmen. Der Verhaftete ist auch dringend verdächtig, eine Handtasche mit 120 000 Mark gestohlen zu haben.

## Der Bürgerblock gescheitert!

Die BS-Korrespondenz berichtet: Die Deutsche Volkspartei hatte bekanntlich die Bildung eines Bürgerblocks für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen angeregt. Danach sollte eine Einheitsliste der bürgerlichen Parteien sowohl für die Stadtverordnetenwahlen als auch für die Bezirkswahlen aufgestellt werden, bei der den Parteien ihre bisherige Stärke gesichert und eine Verteilung darüber hinaus gewonnener Mandate ermöglicht werden sollte. Nach unseren Informationen wird dieser Bürgerblock nicht zustandekommen. Einmal herrschen Bedenken in wahltechnischer Beziehung und andererseits haben besonders Demokraten und Zentrum prinzipielle Bedenken politischer Art. Wenn auch endgültige Beschlüsse der Parteioorganisationen noch nicht gefaßt worden sind, so muß doch jetzt schon der angeregte Bürgerblock als gescheitert betrachtet werden.

## Gegen den Wucher mit möblierten Zimmern.

Nach einer Mitteilung des Ausschusses für das Wohnungswesen sind vom Rat der Stadt durch die Bekanntmachung zum Schutz der Mieter (Groß-Berliner Wohnungsnotrecht) vom 12. Mai 1921 Vorkehrungen gegen den Wucher mit möblierten Zimmern getroffen worden. Nach § 3 dieser Bekanntmachung müssen auch Mietverträge über möblierte Zimmer vom Vermieter dem Wohnungsamt angezeigt werden. Als Norm für die Festlegung des Mietpreises sind vom Ausschuss für das Wohnungswesen des Mietniveausamtes folgende Richtlinien gegeben worden: Der Mietpreis für möblierte Zimmer setzt sich zusammen aus: 1. Dem Wert des leeren Zimmers, 2. dem Zuschlag für die Möbelausstattung, 3. dem Zuschlag für alle Nebenkosten.

Der Wert des leeren Zimmers wird berechnet aus dem Gesamtmietpreis der Wohnung dividiert durch die Zahl der Zimmer. Als Zuschlag für die Möbelausstattung gilt als angemessen für ein Jahr 15 Prozent des jetzigen Herstellungswertes der Möbel. Als Herstellungswert wird der von den gemeinnützigen Hausratsvereinigungen geforderte Preis für gleichartige Möbel berechnet. Für Bedienung, Reinigung, Wäsche, Beleuchtung usw. gelten als Vergütungen die Selbstkosten des Vermieters. Der Mieter eines möblierten Zimmers, der glaubt, daß ihm für sein Zimmer mehr als die hieraus errechnete Miete abgefordert wird, kann bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages das Mietniveausamt anrufen, das dann nach obigen Richtlinien den angemessenen Mietpreis festsetzt.

## Ein beachtenswerter Aufruf.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Ortsgruppe Hamburg, veröffentlichte in Nr. 22 des „Freien Lehrers“ einen Aufruf, zu dem nun auch der Zentralausschuß der SPD-Einenbeiräte Groß-Berlins Stellung genommen hat. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Elternbeiräte, im Sinne dieses Aufrufes zu wirken, den wir hiermit veröffentlichten:

### Aufruf.

Unter Ablehnung der bisherigen Auffassung, daß die Bedeutung eines Staates von der Größe seiner Bodenschätze, seiner Bevölkerung, seiner materiellen Hilfsmittel und seiner militärischen Macht abhängt, unter Betonung der geschichtlichen Wahrheit, daß im letzten Grund die kulturellen Leistungen eines Volkes im Strom der Zeit seine Wertung und seinen Einfluß bestimmen,

unter Hinweis auf die mahlvolle Verwilderung im Kulturleben vieler Schichten des deutschen Volkes,

richtet die unterzeichnete Körperschaft an alle, die auf öffentliche Dinge einen Einfluß ausüben können, die dringende Aufforderung, in Gefühlsregung und Verwaltung die kulturpolitischen Maßnahmen nicht hinter die materiellen zurückzustellen.

So notwendig auch die Ausgaben zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit der Person und des Eigentums sind, so wenig produktiv sind sie im Gegensatz zu Ausgaben für Kulturzwecke. Aus dem Zusammenbruch Deutschlands kann uns nur eine wirksame Kulturpolitik wieder emporheben.

Die Vertreter unseres Volkes in Stadt und Land lassen sich leider nicht immer genügend von diesem Gedanken leiten. So ist die wirksame Durchführung des Jugendwohlfahrtsgesetzes dadurch gefährdet, daß vom Reich nur fünfzig Millionen Mark dafür hergegeben werden sollen. Die allgemeine Fortbildungspflicht wird trotz der Reichsverfassung wegen Geldmangels nicht eingeführt. In Brechen werden die Gemeinden gezwungen sein, entsprechend der Mittelüberweisung durch die Regierung nur auf je 60 Kinder einen Lehrer zu halten, wodurch der Erfolg des Unterrichts ebenso in Frage gestellt wird, wie durch die Tatsache, daß entgegen der Reichsverfassung auch die Vermittlung nicht unentgeltlich geliefert werden. Für Lehrmittel, Lehrerbüchereien, Forschungsarbeit, freies Volksbildungswesen und die Unterstützung der Jugendvereine werden nur mäßige Mittel aufgewendet.

Die Berufsbildung und geistige Weiterbildung der Lehrerschaft wird durch die Eingliederung in niedrige Gehaltsgruppen erschwert. Die völlig unzureichende und ungewöhnliche Lehrerbildung auf dem Seminar soll wegen Geldmangels beibehalten werden. Die Gefährdung über das Schul- und Bildungswesen kommt im Reich und in vielen Ländern kaum von der Stelle. Willenslosigkeit des Volkes, Gleichgültigkeit gegen die Demokratie und die neuen Verhältnisse, wenn nicht gar Abkehr von denselben sind die Folgen, die in nicht zu ferner Zukunft den Bestand des neuen Deutschland gefährden werden.

Die unterzeichnete Körperschaft erwartet daher von allen, die es mit dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes ernst meinen, daß sie alle Kraft anstrengen, damit die Regierungen und Verwaltungen der Kulturpolitik ihrer Bedeutung entsprechend Rechnung tragen.

Ganz besonders ergeht die unterzeichnete Arbeitsgemeinschaft die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei unter Hinweis auf den Kulturtag zu Dresden, Ostern 1921, in kulturpolitischen Dingen die größtmögliche Tatkraft zu ersuchen. Sie ist der Ansicht, daß der geschichtlich begründete Mangel an Sachkunde in Finanz- und Steuerfragen innerhalb der Partei dazu führt, daß die Genossen selbst von reaktionären Absichten diktierten Einflüsterungen und Vangemachereien bürgerlicher sogenannter Fachmänner erliegen. Sie fordert daher die Genossen allerorts auf, sich gegen diese Bestrebungen bürgerlicher Saboteure durch Mißtrauen und Hineinarbeiten in Finanz- und Steuerfragen zu wappnen.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Ortsgruppe Hamburg.

Wer mit der Tendenz dieses Aufrufes einverstanden ist, möge eine Zustimmungserklärung an J. Schult, Hamburg 25, Ratzeburg 8, senden.

## Volkspeisung in Reutküll.

Die anfänglich der im Jahre 1918 hervorgebrachten Ernährungsschwierigkeiten in Reutküll behördlicherseits eingeführte Volkspeisung hat gegenwärtig den bisher niedrigen Stand hinsichtlich der Anspruchnahme zu verzeichnen. Der allmähliche Abbau der Zwangsbeschäftigung in der gesamten Lebensmittelversorgung hat einen immer weiteren Rückgang des Besucherkreises der Stadtküche herbeigeführt, so daß von 12 Küchenbetrieben einer nach dem anderen stillgelegt werden mußte und lediglich die Volksküche in der Rannerstraße 48 für den Tages- und Abendbetrieb weiter aufrechterhalten bleibt. Wenngleich auch für die Inanspruchnahme dieser Küche nach-

welsch ein nur geringes Bedürfnis besteht — im Monat Juni betrug die Zahl der verausgabten Portionen 6272 —, so wird dennoch im Hinblick darauf, daß bei Eintritt der kalten Witterung mit einem Anwachsen der Besucherzahl zu rechnen ist, von einer Schließung dieses alleinigen Küchenbetriebes abgesehen werden.

Durch einen Fußtritt getötet. In der vergangenen Nacht gegen 10½ Uhr kam es in dem Lokal von Gumlich in Tegeler, Birkenstraße 8, zu einer Schlägerei zwischen mehreren Gästen. Dabei erhielt der Kaufmann S. aus Berlin einen Fußtritt gegen den Unterleib, der seinen alsbaldigen Tod zur Folge hatte. Als mutmaßliche Täter wurden ein Händler, ein Monteur und ein Arbeiter festgenommen und nach Feststellung ihrer Persönlichkeiten wieder entlassen. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Aushebung eines Spielklubs. In der Wohnung des Tafeldeckers D. Harber, Rünberger Straße 22, wurde in der vergangenen Nacht eine aus 30 Personen beiderlei Geschlechts bestehende Spielergesellschaft überrascht und festgestellt.

Das Gesamtnetz der Berliner Straßenbahnen umfaßt heute rund 280 Kilometer Gleislänge und mit den Vorortbahnen, Teiltower Kreisbahnen usw. zusammen rund 1250 Kilometer mit 2550 Motorenwagen und 1800 Anhängewagen. 1920 betrugen die Einnahmen über 700 Millionen Mark und der Fehlbetrag 130 Millionen Mark.

Die D-Zug-Entscheidung bei Angermünde konnte bisher noch nicht aufgeführt werden. Doch wird es immer wahrscheinlicher, daß sich der Unfall infolge zu großer Fahrgeschwindigkeit ereignet hat. Der Verkehr von und nach Stettin mußte bisher über Eberswalde — Freienwalde — umgeleitet werden, was natürlich zu erheblichen Verspätungen führte. Das Befinden der Verletzten bessert sich täglich. — Der D-Zug Lübeck-Berlin ist entgleist, auch hier wurden einige Reisende verletzt.

Wahlrecht für Erwerbslose. Der Magistrat hat in der Sitzung vom 27. Juli 1921 den Beschluß gefaßt, daß beschäftigungslose Arbeitnehmer, die nicht länger als 26 Wochen ohne gewerbliche Tätigkeit sind, deswegen ihr Wahlrecht zu dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht nicht verlieren.

Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin teilt mit, daß mit der Auszahlung der Sonderbeihilfe am Donnerstag, den 11. August 1921, gemäß den bereits bekanntgegebenen Richtlinien und Sätzen begonnen wird.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 3. August:

1. Kreis, Berlin-Mitte. 7 Uhr Kreisvorstandssitzung mit den Abteilungsleitern bei Heinz, Dörfelstraße 27.
2. Kreis, Charlottenburg. 7½ Uhr Kreisvorstandssitzung des Wahlkreises. Sitzung aller von den Abteilungen bestimmten Genossen, einschließlich Heiser, bei Seiner, Wilmersdorfer Str. 21.
3. Abt. Lichterfelde. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Oberrealschule Rungestraße. Tagesordnung: 1. Kommunalwahlen, Bericht der Abteilungen. 2. Wahlkreisreform. 3. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 4. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 5. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 6. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 7. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 8. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 9. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 10. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 11. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 12. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 13. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 14. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 15. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 16. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 17. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 18. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 19. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 20. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 21. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 22. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 23. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 24. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 25. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 26. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 27. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 28. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 29. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 30. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 31. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 32. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 33. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 34. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 35. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 36. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 37. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 38. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 39. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 40. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 41. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 42. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 43. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 44. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 45. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 46. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 47. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 48. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 49. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 50. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 51. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 52. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 53. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 54. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 55. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 56. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 57. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 58. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 59. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 60. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 61. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 62. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 63. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 64. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 65. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 66. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 67. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 68. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 69. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 70. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 71. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 72. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 73. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 74. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 75. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 76. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 77. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 78. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 79. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 80. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 81. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 82. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 83. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 84. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 85. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 86. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 87. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 88. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 89. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 90. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 91. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 92. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 93. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 94. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 95. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 96. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 97. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 98. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 99. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 100. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 101. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 102. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 103. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 104. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 105. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 106. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 107. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 108. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 109. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 110. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 111. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 112. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 113. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 114. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 115. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 116. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 117. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 118. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 119. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 120. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 121. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 122. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 123. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 124. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 125. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 126. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 127. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 128. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 129. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 130. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 131. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 132. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 133. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 134. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 135. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 136. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 137. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 138. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 139. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 140. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 141. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 142. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 143. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 144. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 145. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 146. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 147. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 148. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 149. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 150. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 151. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 152. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 153. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 154. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 155. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 156. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 157. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 158. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 159. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 160. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 161. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 162. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 163. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 164. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 165. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 166. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 167. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 168. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 169. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 170. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 171. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 172. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 173. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 174. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 175. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 176. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 177. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 178. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 179. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 180. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 181. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 182. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 183. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 184. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 185. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 186. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 187. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 188. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 189. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 190. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 191. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 192. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 193. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 194. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 195. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 196. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 197. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 198. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 199. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 200. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 201. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 202. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 203. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 204. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 205. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 206. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 207. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 208. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 209. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 210. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 211. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 212. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 213. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 214. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 215. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 216. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 217. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 218. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 219. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 220. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 221. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 222. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 223. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 224. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 225. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 226. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 227. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 228. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 229. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 230. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 231. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 232. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 233. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 234. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 235. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 236. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 237. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 238. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 239. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 240. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 241. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 242. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 243. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 244. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 245. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 246. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 247. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 248. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 249. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 250. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 251. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 252. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 253. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 254. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 255. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 256. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 257. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 258. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 259. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 260. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 261. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 262. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 263. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 264. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 265. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 266. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 267. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 268. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 269. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 270. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 271. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 272. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 273. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 274. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 275. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 276. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 277. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 278. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 279. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 280. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 281. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 282. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 283. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 284. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 285. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 286. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 287. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 288. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 289. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 290. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 291. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 292. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 293. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 294. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 295. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Abt. Lichterfelde in Mitglieder. 296. Umwandlung sämtlicher Funktionäre der Ab



# Wirtschaft

## Mit. g an die Inhaber von Patenten.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:  
1. Nachdem durch das am 15. Juli 1921 in Kraft getretene Gesetz betreffend die patentamtlichen Gebühren vom 6. Juli 1921 die Jahresgebühren für die Patente erhöht worden sind, sind alle am 15. Juli 1921 oder später fällig gewordenen Jahresgebühren in der durch den neuen Tarif festgelegten Höhe zu entrichten. Ist für eine solche Gebühr in den letzten Monaten der dem bisherigen niedrigeren Gebührensatz entsprechenden Betrag vorausbezahlt worden, so muß demnach der Unterschied zwischen dem alten und neuen Satz innerhalb der im Patentgesetz vorgeschriebenen Zahlungsfristen nachgezahlt werden.

2. Für ein Patent, dessen Dauer auf Grund des Gesetzes vom 27. April 1920 verlängert worden ist, ergibt sich aus der Vorschrift des § 6 dieses Gesetzes, wonach die in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1919 eingetretene Fälligkeit einer Jahresgebühr ohne Wirkung ist, daß die auf die fünf Jahre dieses Zeitraums entfallenden Gebühren erst in den entsprechenden fünf Jahren der Folgezeit fällig werden. Für die Höhe dieser Gebühr wird das zur Zeit der Fälligkeit geltende Gesetz maßgebend sein müssen. Es werden daher nach dem Inkrafttreten des Gebührengesetzes vom 6. Juli 1921 die neuen erhöhten Gebühren zu zahlen sein. Sind während der Kriegszeit Jahresgebühren nach den damals geltenden niedrigen Sätzen entrichtet worden, so wird zur Aufrechterhaltung des Patentes die Nachzahlung des Unterschiedes zwischen dem alten und dem neuen Satz innerhalb der im Patentgesetz vorgeschriebenen Zahlungsfristen erforderlich sein.

## Die Verluste des Welt Handels.

Im Laufe ihrer vorbereitenden Arbeiten hat die englische Tarifkommission der „Industrie- und Handelszeitung“ zufolge Untersuchungen über den augenblicklichen Stand des Außenhandels von 20 verschiedenen Staaten veranfaßt. Diese Untersuchungen haben zu dem interessanten Ergebnis geführt, daß die gesamten Ausfuhrsummen dieser 20 Länder, einschließlich Großbritanniens, nur etwa 70 Proz. der Ausfuhr in der gleichen Zeit des Jahres 1913 betragen. Der britische Exporthandel im Jahre 1920 stellte sogar dem Gewicht nach nur 41,6 Proz. des Handels von 1913 dar. Wenn die britische Ausfuhr von Rohlen und Koks weist im ersten Vierteljahr 1921 einen Rückgang um 66,2 Proz. gegenüber der gleichen Zeit 1913 auf, die übrigen Ausfuhrartikel Großbritanniens fielen der Menge noch in diesen drei Monaten um 47,2 Proz., die Gesamtausfuhr um 64,3 Prozent gegenüber 1913. Wenn man die im ersten Vierteljahr 1921 ausgeführte Warenmenge Großbritanniens zu den Preisen von 1913 berechnet, so zeigen die Rohlenexporte gegen 1913 den Wert nach einem Rückgang um 69,2 Proz., die gesamten Rohlenexporte einen solchen von 58,9 Proz. Die Ausfuhr von Fertigzeugnissen hat sich um 46,5 Proz. verringert, die einzelne Zunahme zeigt die Gruppe der Fahrzeuge (einschließlich Lokomotiven, Schiffe, Luftfahrzeuge), von denen 1921 für 5838 000 Pfund Sterling gegen 5075 000 Pfund Sterling in 1913 ausgeführt wurden.

## Deutsch-holländische Interessensverflechtung.

In ihrem Wirtschaftsbericht von Ende Juli 1921 schreibt die Amsterdamer Bankfirma Broehl u. Gutmann: Unausgeleitet bringen

unsere Zeitungen Mitteilungen, welche die innige Verflechtung holländischer und deutscher Interessen erkennen lassen. Hierfür ist naturgemäß von erheblicher Bedeutung die Tatsache, daß 120 000 bis 150 000 Holländer sich in Deutschland befinden dürften und über 70 niederländische Vereinigungen in Deutschland bestehen. Auch der Besuch holländischer Schiffbautechniker in Hamburg ist hervorzuheben. Nicht minder erwähnenswert ist die Zulaufung von Flugpostpaketen zur Beförderung auf den Strecken Hamburg-Bremen-Amsterdam-Rotterdam. Die deutsch-holländischen Verhandlungen über die Schadenersatzung, die um die Auslieferung von 6 deutschen Schiffen zum Ersatz 6 holländischer torpedierter Schiffe geführt worden waren, haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt, und die endgültigen Berechnungen haben stattgefunden. Noch nicht abgeschlossen sind bisher die Verhandlungen, welche gegenwärtig zwischen Vertretern der Interessen der deutschen Rheinschiffahrt und hiesigen Hypothekendarlehenbanken mit dem Ziel, die hiesigen Schiffshypotheken, welche von unseren Banken auf deutsche in Frankreich abgelieferte Schiffe gegeben worden sind, auf deutsche Rheinschiffenbauteile zu übertragen. An einer befriedigenden Lösung dürfte aber kaum zu zweifeln sein.

An den Lombardierungen der Silberbestände der deutschen Reichsbank im Gesamtbetrage von annähernd 800 000 Kilo hat sich auch Holland beteiligt, wofür bereits ein größerer Teil des Silbers überandt worden ist.

Zur Linderung der Futter- und Streunot. Von ausländischer Seite wird den VDM. geschrieben: Zur Linderung der infolge der Trockenheit entstandenen Futter- und Streunot hat der preussische Landwirtschaftsminister die Forstverwaltungen der durch den Notstand besonders bedrohten Regierungsbezirke Wiesbaden, Koblenz, Trier und Mosel angewiesen, etwa angeordnete Einschränkungen der Waldweide und -Streuungen nach Bedarf wieder aufzuheben und allen berechtigten Anträgen von Gemeinden und Einzelpersonen auf Gewährung von Gras, Futterlaub, Futterreisig, Waldstreu und Waldweide stattzugeben, jedoch unter Umständen Schonung des Waldes. Die Gewährung der Rukungen soll hauptsächlich den kleineren bedürftigeren Grundbesitzern und Pächtern zugute kommen.

Zwölf deutsche Schiffe zum Verkauf gestellt. Das Shipping Board der Vereinigten Staaten kündigt an, daß zwölf frühere deutsche Schiffe in der Verfassung, wie sie sich im Augenblick befinden, in Sack und Bogen verkauft werden sollen. Die früheren deutschen Namen der Schiffe sind leider nicht angegeben.

Deutsch-schweizerischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag. Die kurzelt in Berlin stattfindenden deutsch-schweizerischen Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages nehmen einen befriedigenden Verlauf und sind heute zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Der schweizerische Bevollmächtigte, Herr Prof. Max Huber, verläßt voraussichtlich heute Berlin. Die Verhandlungen werden in kürzester Frist in Bern wieder aufgenommen werden.

Die Internationale Ausstellung in Riga. Die Rigaer Internationale Ausstellung ist am 31. Juli feierlich eröffnet worden. Eine Begrüßungsansprache wurde u. a. auch von dem Vertreter der Sowjetregierung gehalten. In seiner Erwiderung betonte der Vorsitzende des Ausstellungsausschusses, daß Lettland mit dem großen russischen Nachbar in brüderlichen Beziehungen leben müsse, und schloß seine Rede mit einem Hoch auf Sowjetrußland. Die Ausstellung, von zahlreichen ausländischen Firmen besucht, ist hauptsächlich auf den Osthandel eingestellt.

Der lettische Verkehrsminister weist kürzlich aus Anlaß der geplanten Freihafenanlagen in Riga. Die Kosten der Anlage beziffern sich auf 30 Millionen deutsche Mark; die Beteiligung ausländischen Kapitals soll sichergestellt sein.

## Aus aller Welt.

Halle ohne Strom. Infolge einer Betriebsstörung im städtischen Elektrizitätswerk lag die Stadt Dienstag abend in Finsternis. Die Straßenbahnen verkehrten nicht.

Fabrikexplosion. Aus unaufgeklärter Ursache ist die Niederlage der Kautschukfabrik M.G. in Sachsen durch eine Explosion zum Teil vernichtet worden. Drei Arbeiter sind dabei ums Leben gekommen, 14 Personen wurden erheblich verletzt.

Die Schwedeninvasion der Ostseebäder infolge des Tiefstandes der Meere hat für die minderbemittelten deutschen Besucher unangenehme Folgen, als viele Bäder in ihrer treibenden Bedeutung auch feste Wohnstätten aufgeben, wenn der Salzwasser mehr zuzieht. Viel Empörung erzeugt es auch, daß den Berliner Zug in Sagnitz-Hafen nur die Reisenden von Treleborg bestiegen dürfen, während die übrigen Reisenden erst in Sagnitz-Hauptbahnhof in den vollen Zug dürfen und dann — bei der Hitze! — bis Berlin stehen können.

Trinkwassernot. In Eupen ist die Rationierung des Trinkwassers angeordnet worden. Jeder Einwohner darf täglich nur 5 Liter Wasser verbrauchen. In Aachen ist der Wassermangel bereits so stark, daß Wasser in Fässern durch die Straßen gefahren wird. In Siegen mußten die Wiesenbesitzer durch das Landratsamt aufgefordert werden, die Bewässerung einzustellen, da sonst die Bundeswerke stillgelegt werden müßten, wodurch Tausende von Arbeitern brotlos werden würden. Auch in Frankfurt am Main ist eine Rationierung des Trinkwassers für die nahe Zukunft in Erwägung gezogen.

Die Polarisierung Thorns. Die Zahl der polnischen Unternehmungen in Thorn wächst fast von Tag zu Tag. Im März sind noch 49 Proz. der Geschäfte im Stadtkern in deutschen und jüdischen Händen gewesen, jetzt sind es nur noch 33 Proz. Vor der Übernahme Thorns durch Polen haben 5 Banken bestanden, darunter nur eine polnische. Jetzt gibt es hier 15 polnische und nur eine deutsche Bank.

Französische Eisenbahnromantik. Léon Goeffier, ein Deputierter des Nordens, hat dem Kammerpräsidenten mitgeteilt, daß er eine Interpellation einbringen gedenke über „die Vorbeugungsmaßnahmen, die notwendig sind, um den ankündigenden Dents, die durch Frankreich reiten, ein Minimum von Sicherheit auszusichern.“ Wenn weiterhin Schandfächer auf offener Straße am hellen Tage motoren um neun Uhr geräuscht und Eisenbahnzüge wie in Wild- west oder im Kino angehalten werden, haben die französischen Bürger das Recht, gegen den Risiko zu klagen und eine Verurteilung von diesen Zuständen zu verlangen.

Weiter bis Donnerstag mittag: Zunahme heiter und fortwährend sehr warm, später langsame Abkühlung und abwärts fortschreitende, leichte Gewitterregen.

# Meine vierte große Versteigerung von Last-, Liefer- und Personenautomobilen Motorrädern und Anhängern

findet am 11. August 1921, vormittags 10 Uhr, auf meinem Lagerplatz in Berlin-Friedenau, Hauptstr. 81-82, gegenüber dem Friedenauer Rathaus, statt.

Die Objekte werden wie gewöhnlich durch den gerichtlichen Sachverständigen, Herrn August Weikwerth, öffentlich meistbietend versteigert. Es handelt sich diesmal um etwa 200 Stück äußerst günstiger Fahrzeuge, teils fahrfähig, teils weniger oder mehr reparaturbedürftig.

**Vorteilhaftester Einkauf für Händler, Reparaturwerkstätten, Fabriken, die ihre Arbeiter beschäftigen wollen, sowie direkte Konsumenten.**

Liste über die zur Versteigerung gelangenden Objekte wird auf Wunsch zugesandt. Legitime Händler erhalten auch diesmal wieder 10% auf die Versteigerungspreise, damit ihnen Gelegenheit geboten ist, für ihre Kunden zu steigern. Befichtigung der Wagen kann am 9. und 10. August stattfinden gegen Hinterlegung der üblichen Bietekautions von M. 500.—, welche verrechnet oder beim Verlassen des Platzes zurückerstattet wird.

Telefon: Lagerplatz  
Rheingau Nr. 164

**Bittor Schuppe, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 6**

Tel.: Gefährtsotat  
Ruh. 8298, Str. 7620

## Kartoffeln

feinste Monte Weiss Dase liefert an Arbeiterorganisationen u. ganz besonders Vorzugspreisen. Pariserstraße 10, Kottbus und sonstige Organisationen wollen sich mit mir in Verbindung setzen.  
Max Seidel, Königsberg i. Pr., Altstadt, Lang-Gasse 77  
Die Arbeiterorganisationen werden über meine Person gern jede Auskunft geben.

## Vorwärtsstrebende und Erfinder

Gute Verdienstmöglichkeiten  
Aufsicht und Anweisung  
gebende Beschäftigung: Ein neuer  
Welt? findet gratis  
F. Gromann & Co.  
Berlin, Königlicher Str. 71.

## Münzen

Sammlungen  
Kauf, Ball, Berlin,  
Wilhelmstraße 46/47  
Münzen  
Handlung.

## Gold - Platin - Silber -

Neuhaus, Roßstr. 8

## Münzen

Bruch  
Ketten  
Ringe  
Uhren  
Nähe Spittelmarkt  
Einkauf nur im Laden, nicht im Hof







## Die begehrliche Arbeiterschaft.

Während heute Arbeitslosigkeit und Elend die Masse des Volkes drückt, während das Unternehmertum auf der ganzen Linie nach einem Abbau der Löhne strebt, steigen die Preise der Lebensmittel und nötigen Bedarfsartikel weiter! Woher sind es vor allem die agrarischen Kreise, welche mit bekannter Begehrlichkeit die Konjunktur ausnützen.

Dies tritt gegenwärtig besonders bei den Preisen für Milch und Butter in Erscheinung. So fand am 29. Juli d. J. in Oldenburg eine Sitzung der Vertreter der Erzeuger und Verbraucher von Milch und Butter statt. Dort wurde von den Vertretern der Molkerei-Zentralgenossenschaft Oldenburg eine Erhöhung des Milchpreises auf 2,40 bzw. 2,80 Mk. gefordert. Begründet wurde diese Forderung damit, daß die Butter jetzt 28 Mk. pro Pfund koste. Da ein Pfund Butter gleich 10 Liter Milch gerechnet werde, ergebe sich ein Milchpreis von 2,80 Mk. pro Liter.

„Wirklich eine famose Begründung!“ Wird man doch, falls diese geforderte Milchpreiserhöhung eintreten sollte, eine weitere Preissteigerung der Butter mit erhöhten Milchpreisen begründen können, um dann wieder mit den erhöhten Butterpreisen eine Erhöhung der Milchpreise zu begründen!!!

Derartige Begründungen sind recht bequem, dürften aber von den Verbrauchern kaum anerkannt werden! Dieselben haben vielmehr alle Ursache, sich gegen derartige Ausplünderungsmanöver zu wehren!

Bemerkenswert ist auch bei dieser Gelegenheit die Aeußerung des Dekomunisierten Müller, Rüstingen-Mitglied, der das Steigen der Butterpreise darauf zurückzuführen versucht, daß die Bevölkerung wieder zu fester geworden sei; um Fett und Margarine zu essen! Deshalb könne die Nachfrage nach Butter nicht gedeckt werden!

Diese Aeußerung kennzeichnet die Auffassung dieser Herrschaften, die jahrelang aus der Not des Volkes sich bereichert haben. Ansehend ist man in jenen Kreisen der Meinung, daß es als Verbrechen aufzufassen ist, wenn auch die Arbeiterschaft auf den Genuß von Butter und Fleisch Anspruch erhebt?

Es dürfte Herrn Müller und seinen Gleichgesinnten zu empfehlen sein, nur für einige Wochen zu versuchen, bei schwerer Arbeit mit dem Einkommen eines Arbeiters auszukommen, vielleicht dürfte sich seine Auffassung über die Ansprüche der Arbeiterbevölkerung an die Lebenshaltung wesentlich ändern.

## Zusammenbruch einer Lüge.

München, 2. August. (Eigener Drahtbericht des „Vormärts“.) Das Rüstgeheim, das die Münchener Antifaschistische Presse gegen die führenden Männer der Novemberrevolution durch Veröffentlichung der Schmähchrift „Der große Betrug“ führt, ist längst nicht mehr eine Sache der USA, sondern eine Angelegenheit der deutschen Arbeiterschaft geworden. Aus der Tatsache, daß Eisner den fünf Druckseiten langen diplomatischen Bericht des Herrn von Schoen für die Veröffentlichung durch die Presse in einer Form gekürzt hat, die nach Anschauung der Richter des deutschen Nationalbewusstseins die Schuldfrage geklärt haben, wird eine bedenkliche Hege gegen alles, was sozialistisch ist, abgeleitet. Bei genauer Betrachtung der veröffentlichten und nicht veröffentlichten Teile springen ganze merkwürdige Verschiebungen der Auffassung ins Auge. Nun bringt die „Münchener Post“ in ihrer morgigen Nummer umfangreiches Material, demzufolge die Uebung im deutschen diplomatischen Verkehr besteht, einen doppelten Schriftwechsel zu führen. Das Blatt versucht nun, den Beweis zu erbringen, daß Schoen, den die „Süddeutschen Monatshefte“ selbst einen jungen unbekannten (?) Diplomaten genannt haben, diese beiden Berichte in einen zusammengekauften habe. Daher der Widerspruch zwischen den von Eisner weggelassenen Stellen, in denen fortgesetzt von der „Sozialisierung der Kriegesgefahr“ die Rede ist, und den veröffentlichten, welche das Einverständnis mit der Kriegsbewältigung durch Österreich beweisen. Der in Aussicht stehende Prozeß wird hierüber völlige Klarheit schaffen. Die „Münchener Post“ verlangt außerdem die Veröffentlichung der Akten des Generalstabes, da sich der Bericht auf diese gründe.

## Die abgeleugnete Arbeitsgemeinschaft.

Se mehr die Deutschnationalen ihre Propaganda mit Rechtfertigungszuschriften wegen ihrer Haltung im Thüringischen Landtag bombardieren, umso deutlicher wird die große Verlegenheit erkennbar, die sie über die zwischen ihnen und den Kommunisten eingegangene Arbeitsgemeinschaft empfinden. Die Kommunisten waren ihnen zwar gut genug, in edler Gemeinschaft mit ihnen die Regierung zu stützen, jetzt aber sucht man krampfhaft nach Gründen, um die verschiedenartigen Motive der Ablehnung zu kennzeichnen. Die Rechte habe gegen den Grundsteuererleichterungswurf nur deshalb gestimmt, weil ihre Abänderungsanträge abgelehnt worden seien, so heißt es in einer Zuspätschick an die „Deutsche Tageszeitung“, die Kommunisten dagegen hätten gegen die Vorlage gestimmt, weil sie die Grundsteuer grundsätzlich ablehnten. Als wenn diese Tatsache etwas an dem Ergebnis ändern könnte, daß beide sich zum Sturz der Regierung zusammenfanden! Es ist recht undankbar von den Deutschnationalen, ihre Freunde von der Linken so arg zu verleugnen; aber wie sagt doch Heine? „Blamier mich nicht, mein schönes Kind, und grüß mich nicht unter den Linden.“

## Strafanträge im Frankfurter Prozeß.

Frankfurt a. M., 2. August. (H.) Im Kommunistenprozeß hielt heute der Staatsanwalt nach Beendigung der Beweisaufnahme sein Plädoyer. Er führte aus, daß Kunz als der geistige Organisator zu betrachten sei und daß er als charakteristisch bezeichnet müsse, daß sämtliche Beschuldigten, die unter dem Terror ihrer Partei handelten, versuchten, abzuschwächen und abzuleugnen. Neben Kunz komme als Hauptbeteiligter in Frankfurt der Angeklagte Lehmann in Betracht, wofür das von ihm geführte Buch mit militärischen Rätzen Zeugnis ablege. Während der Staatsanwalt für Kunz 3 Jahre Gefängnis beantragte und ihm zubilligte, nicht aus niedrigen Motiven, sondern aus politischen Idealen gehandelt zu haben, plädierte er im Falle Lehmann auf Zuchthaus und zwar auf 2½ Jahre. Im übrigen lauteten die Staatsanwaltsanträge folgendermaßen: Gegen Kresch 2 Jahre Gefängnis, gegen Herwegh 1½ Jahre Gefängnis, gegen Ritter, Bauer, Doufrank und Schwarz je 1 Jahr Gefängnis, gegen Walter, Helmschmidt, Wasmuth, Faber je 9 Monate Gefängnis, gegen Weber und Fräulein Semboth Freisprechung.

Aufgehoben Verbot. Oberpräsident Häsling hat seine Verordnung betreffend das Verbot des Verkaufs und Vertriebs der kommunistischen Pressezeugnisse sowie alle Pressezeugnisse, die die Arbeiterschaft zum Kampfe aufrufen und zum Widerstand gegen Staatsgewalt und Polizei auffordern, ferner die Verordnung über vorherige Genehmigung neuer Zeitungen und Zeitschriften und sonstiger periodischer Druckschriften wieder aufgehoben.

# Einigungsstreben der Jugendinternationale.

Bielefeld, 2. August. (Eigener Drahtbericht des „Vormärts“.) Heute fand hier in der „Eisenhütte“ im Anschluß an den Reichsjugendtag eine Sitzung des Komitees der Internationalen Arbeiterjugend statt. Die Komiteesitzung wurde geleitet von dem Genossen Boogd-Amsterdam. Beiräten waren durch Mitglieder folgende Länder: Belgien, Holland, Schweden, Dänemark, Georgien, Deutschland. Frankreich mußte sich entschuldigen; der Delegierte konnte wegen Bahschwierigkeiten nicht kommen. Bedeutungslos war die Teilnahme eines Vertreters der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen“ (der sogenannten „Internationalen 2½“). Für diese Organisation wurde Schröder-Leipzig als Gast eingeladen. Der Verhandlungsführer stellte die erfreuliche Tatsache fest, daß auf die Einladung zur Bielefelder Tagung, die an alle Zentralorganisationen der sozialistischen Jugend aller Länder verandt wurde, mehr Länder geantwortet hatten, als überhaupt der Internationalen Arbeiterjugend angeschlossen sind. So sind von Finnland und Polen Zustimmungsschreiben gekommen, und auch aus Orten, die der Internationale 2½ angehören, hat man Erklärungen an das Komitee gelangt, die sich im Prinzip völlig mit den Auffassungen der Internationalen Arbeiterjugend decken. Solche

### begehrten Erklärungen zur Bielefelder Tagung

sind z. B. aus Jungsbrud und auch aus Südtirol an das Komitee gelangt worden, also aus Disziplinen, die der abgeplottierten Internationalen sozialistischer Jugendorganisationen angehören.

Zuerst verhandelte man über eine Resolution der Belgier, die der Genosse Henaux-Belgien begründete. Er wünschte mehr Aktivität, um eine geschlossene und große internationale Arbeiterjugend herzustellen. Diese internationale Jugendvereinigung dürfe nicht nur dem Namen nach bestehen, sondern es müssen ernste Anstrengungen gemacht werden, um die Spaltungsercheinungen in der Arbeiterschaft zu beseitigen. Weiter sagte er: Die älteren Arbeiter haben im politischen Kampf bedeutend größere Schwierigkeiten als wir jungen, und wollen wir zur Einigkeit kommen, dann müssen wir als Vorwärt

### ein Beispiel von Größe und Macht

geben. In dem Weltstreit zur Einigung müssen wir die ersten Reaktionen und Widerstände erheben sich wieder in allen Ländern und ich sage ausdrücklich: In Frankreich und Belgien wird der Militarismus sehr gefährlich werden, wenn wir nicht mit allen Mitteln den Pazifismus und den Sozialismus mächtig fördern, und um das zu können, müssen wir eine große Jugendinternationale bauen und schaffen.

Das Gesamtkomitee der Internationalen Arbeiterjugend schloß sich in längerer Aussprache den Auffassungen des belgischen Genossen an und stimmte einstimmig folgender Resolution zu:

„Die Organisation der Arbeiterjugend-Internationale, verjammelt in Bielefeld am 2. August 1921, ist der Ansicht, daß die

Einheit der Aktion der Arbeiterjugend-Organisationen aller Länder notwendig ist, um erstens der reaktionären Offensive, die sich allenthalben erhebt, siegreich zu widerstehen, und um zweitens den Völkern das Beispiel der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte zu geben. Sie beauftragt das Bureau der Arbeiterjugend-Internationale, Schritte einzuleiten, um mit dem Bureau der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen in Wien eine Sitzung anzubereitern, wo die Frage des Anschlusses an eine einzige Internationale, welche der wissenschaftlichen Auffassung des marxistischen Sozialismus treu ist, untersucht werden soll.“

Der Genosse Lindström-Schweden nahm an der Sitzung nicht teil und hatte in einem Briefe zu der Jugendinternationale Stellung genommen. Die Auffassung dieses Briefes deckt sich mit der angenommenen Resolution.

Dann nahm auf Vorschlag von Boogd-Amsterdam der Vertreter der „Internationalen 2½“ das Wort, um die prinzipielle Stellung seines Gesamtverbandes zu charakterisieren.

Der Genosse Schröder-Leipzig betonte, daß sie mit ihrer Internationale nicht so wie die Arbeiterjugend-Internationale die erzieherischen Forderungen in den Vordergrund stellen, sondern mehr Wert auf die politische Betätigung legen. Er macht der Arbeiterjugend-Internationale den Vorwurf, daß sie die kommunistische Jugend zu hart bekämpfe. Im übrigen aber — so sagte er — hat auch die Wiener Jugendinternationale den ehrlichen Willen

### eine große Internationale der Jugend

zu schaffen.

Boogd-Amsterdam antwortete Schröder ausführlich und gab der Freude Ausdruck, daß es nun das erste mal gelungen sei, mit den Vertretern der Wiener Jugendinternationale zusammenzukommen.

Man ging mit Handschlag und der Zuversicht auseinander, daß bald die Verhandlungen über eine Fusion beginnen mögen.

Aus der sonstigen Aussprache ist noch nachzutragen, daß der Vertreter der Arbeiterjugend Georgiens sich im Prinzip auf den Boden der Arbeiterjugend-Internationale stellte. Die Georgier sehen die Zeit herbei, wo sie ihre Freiheit wieder gewinnen und wo die Kräfte des russischen Bolschewismus, die über ihrem Lande schwebt, beseitigt werden kann. Er gab ein erschütterndes Bild von den Zuständen in Georgien unter der Bolschewistenherrschaft. Die ganze sozialdemokratische Jugendbewegung ist zerstört, alle kulturelle Arbeit vernichtet. Die Führer der ehemaligen Jungsozialistenbewegung mußten fliehen oder sitzen hinter Kertermauern.

Die Sitzung des Komitees stand in einem sehr erfreulichen Zeichen und nach der einstimmigen Annahme der belgischen Resolution ist zu hoffen, daß die Arbeit zur Einigung nunmehr von praxischem Erfolge gekrönt sein wird.

## Zum Danziger Generalstreik.

Danzig, 2. August. (H.) Der Senat der freien Stadt Danzig hat den für den 4. August von den sozialistischen Parteien geplanten 24stündigen Generalstreik einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Der Generalstreik in der beschlossenen Form ist ein Verbrechen an der Allgemeinheit, für den Staat kann er zur Katastrophe werden. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, mit allem Ernste anzukündigen, daß sie fest entschlossen ist, der Gewalt nicht zu weichen und jede ungesetzliche Handlung zu verhindern. Es wird für Sicherheit und Ordnung, für Schutz der Arbeitswilligen unbedingt gefordert werden. Die Regierung warnt vor allem die in Staats- und städtischen Diensten stehenden Personen, sich am Generalstreik zu beteiligen. Wer trotzdem daran teilnimmt, hat sich als entlassen zu betrachten. Auf der anderen Seite steht die Regierung es als ihre vernünftige Pflicht an, die Not der Zeit, die die Arbeiter zum Generalstreik auszubringen versuchen, zu lindern. Dem Volkstages wird bei seinem Zusammenkommen die in der letzten Sitzung des Volkstages angekündigte Vorlage zugehen, wonach die Gehälter der Beamten mit Wirkung vom 15. August 10 erhöht werden, daß die in letzter Zeit eingetretene Steigerung der Kosten der Lebenshaltung ausgeglichen wird. In entsprechendem Grade sollen die Bezüge der Angestellten erhöht werden. Die Lage der Arbeiter soll durch Steigerung der Brotzulage ausbessert werden. In die privaten Verhältnisse richtet der Senat den Appell, sich zu einem gleichen Vorgehen bereit zu finden. Der Aufruf schließt mit den Worten: Danziger denkt an Euch selbst! An die Freiheit der Stadt! Euer Schicksal liegt in Eurer Hand!

## Sowjetrußland und Frankreich.

Warschau, 2. August. (H.) Aus Riga trifft die Nachricht ein, daß der sowjetrussische Gesandte in Lettland, Haneghl, durch Vermittlung der lettischen Regierung im lettischen Außenministerium eine Zusammenkunft mit dem französischen Gesandten hatte. Während dieser Zusammenkunft machte Haneghl dem französischen Gesandten im Namen Sowjetrußlands konkrete, für Frankreich vorteilhafte Vorschläge, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland wieder aufnehmen zu können. Der französische Gesandte übermittelte die russischen Vorschläge sofort nach Paris.

Helsingfors, 2. August. (H.) Die Sowjetregierung erklärt, daß binnen kurzem der russisch-italienische Handelsvertrag zum Abschluß gelangen werde. Ein Entwurf, der sich an den englischen anlehnt, sei bereits von dem römischen Ministerium erörtert worden. Die russische Mission in Rom habe die früheren Verbindlichkeiten Rußlands gegenüber italienischen Staatsbürgern anerkannt, wofür die italienische Regierung die Unmöglichkeit der Beschlagnahme der russischen Güter zur Tilgung früherer Verbindlichkeiten betont.

## Die Rußlandhilfe.

Bern, 2. August. (H.) Der leitende Ausschuss der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei und der Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes forderten die Sektionen in einem Rundschreiben auf, für die Opfer der Hungersnot in Rußland eine Sammlung von Geld, Kleidern und Wäsche zu veranstalten. Das Geld ist zum Ankauf von Arznei und Lebensmitteln bestimmt.

Terlof, 2. August. (H.) Ein Dekret der Volkskommissionen hebt erhöhte Strafen für die Hinterziehung der Natursteuer fest, an erster Stelle Zwangsarbeit. Auf das flache Land sollen außer Agitatoren der kommunistischen Partei zur Durchführung der Verpflegungskampagne auch Agenten des Zentralkomitees (Wassenschiffszentrale) entsandt werden.

Gestern haben die von französischen und norwegischen Gelehrten ihren russischen Kollegen gestifteten Lebensmittellieferungen die russisch-sinnliche Grenze passiert. Einige Schooner mit Fischen im Namen des Ranssen-Komitees sind nach Petersburg unterwegs.

## Entrechtung der Muß-Belgier.

Brüssel, 2. August. (H.) An den nächsten Parlamentswahlen dürfen nur solche Einwohner von Eupen und Malmédy teilnehmen, die vor dem 1. August 1914 in Belgien anständig waren.

Brüssel, 2. August. (H.) Durch Dekret des Ministers des Innern ist nunmehr der 4. August, der Tag, an dem die deutsche

Armeen 1914 die belgische Grenze überschritt, zum Nationalfeiertag erhoben worden. An diesem Tage werden sämtliche Glocken läuten, auf den öffentlichen Plätzen finden Konzerte statt, und in den Schulen wird auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. — Für den gleichzeitig mit Edith Cavell erschossenen Ingenieur Bauca wird in Brüssel an der Porte de Roubaix ein Denkmal errichtet werden. Bauca hat, wie Edith Cavell, während der Besetzung Rekrutierungen für die alliierten Heere vorgenommen. — Die Interparlamentarische Union Belgiens, die bekanntlich an der nächsten Tagung der Union nicht teilnimmt, weil die deutschen Mitglieder dazu eingeladen sind, hat eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt, der auch der sozialistische Senator De Fontaine angehört um die Frage der Neuorganisation der interparlamentarischen Union zu prüfen. Die Kommission will sich zu diesem Zweck mit bedeutenden politischen Persönlichkeiten in Frankreich, England, Italien und Amerika in Verbindung setzen. Mehrere Redner haben in der Beratung den Vorsitzenden der Union, Lord Bearbale, scharf angegriffen, weil er sich den Deutschen gegenüber sympathisch verhalte, und weil man sie zu Tagungen zulasse, trotz der wiederholten Proteste der belgischen Gruppe. Die belgische Gruppe hat überdies nochmals betont, daß sie erst wieder an Beratungen teilnehmen wolle, wenn Deutschland in den Völkerbund aufgenommen ist, und wenn die deutschen Parlamentarier vorher die Kriegsschuld anerkennen und die Tätigkeit des deutschen Heeres während des Krieges tabellieren.

Brüssel, 2. August. (H.) Das Sprachengesetz für die Verwaltung ist nunmehr mit 74 gegen 57 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen von der Kammer angenommen worden. (Also von einer Minderheit! Red.) Damit ist die Verwaltungssprache in Flandern flämisch und der Versuch des Senats, die Entscheidung jeder einzelnen Kommune zu überlassen, beseitigt. Jetzt hat der Senat dem Gesetz keine Zustimmung zu erteilen.

## Tschechische Sommerfeste.

Prag, 2. August. (H.) Das „Prager Tagblatt“ veröffentlicht Einzelheiten über die in Aussicht genommenen Taktiken gegen Deutsche. Danach hatten die Legionäre Handgranaten und andere Waffen, mit denen sie die Gasse eines Gasthauses bedrohten. Legionäre und tschechische Polizisten griffen auch Polizeibeamte an und verletzten mehrere von ihnen. Die deutschen Sozialdemokraten haben wegen der künftigen Vorfälle eine Interpellation eingebracht.

Der „Schemia“ zufolge wurden in Pilsen bei Roderham zwei Studenten überfallen und mißhandelt.

Die Vorfälle in Pilsen und Pilsen wurden in der heutigen Nachtigung des Abgeordnetenhauses von dem Deutschnationalen „Sozialisten“ Bagell besprochen, der noch mitteilte, daß die Legionäre in Pilsen Horden hielten und auch Reichsdeutsche mißhandelten. Auf dem künftigen Bahnhof wurden junge Leute mit Kornblumen im Kropf mißhandelt. In Pilsen wurde dank dem Einschreiten der Vertreter der politischen Parteien ein Blutbad verhindert. Die angesammelte Bevölkerung wurde in brutaler Weise auseinandergetrieben. Wunders Sie sich nicht, schloß der Abgeordnete, wenn sich unsere Bevölkerung nicht mehr mit der Steuerverweigerung begnügen wird.

Seit jeher waren im Hochsommer nationale Kellereien in Böhmen an der Tagesordnung; aber jetzt ist die Sache doch anders. Die Soldaten und Legionäre der „Staatsnation“ veranstalten unausgesetzte Ausfälle in deutsche Städte — aber wehe den „gleichberechtigten“ Deutschen, die das Ungeheuer taten! Und die Legionäre als „Staatsgründer“ können machen, was sie wollen.

## Südsloweniens Kommunistengesetz.

Belgrad, 2. August. Die Nationalversammlung nahm mit 190 gegen 54 Stimmen das Gesetz über den Schutz des Staates und der öffentlichen Ordnung an. Die Kommunisten, Sozialisten und die Republikaner sowie die Mitglieder des jugoslawischen Komitees stimmten gegen die Vorlage.

Die in dem Gesetz enthaltene Mandatsentziehung für die kommunistischen Abgeordneten ist ein glatter Bruch der Verfassung, die solchen Mandatsverlust nur als Folge gerichtlicher Verurteilung kennt.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege

Ein Referat Sassenbachs in Belgien.

Als erster Deutscher hat der Genosse Sassenbach nach dem Kriege wieder vor belgischen Genossen, vor einer großen Anzahl von Delegierten der belgischen Gewerkschaftskommission und des Parteivorstandes gesprochen und dabei die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege behandelt. Schon vor 9 Jahren, so führte er aus, habe ich über dieselbe Frage an diesem selben Orte gesprochen. Seitdem haben die Völker schwere Dinge erlebt, eine Flut von Doh und Mithraen ist noch immer zu überwinden, aber die Völker wieder zueinander reden können. Deshalb freut es mich besonders, daß ich vor den Vertretern der belgischen Arbeiterschaft über die Gewerkschaftsbewegung sprechen darf, deren Fortschreiten und alle gleichmäßig interessiert, und nicht über den Krieg, der uns getrennt hat. Ich weiß, daß ebenso wie unsere Arbeiter mit großem Anteil die Entwicklung der belgischen Gewerkschaften verfolgen, auch die Belgier die Gewerkschaftsbewegung in der jungen deutschen Republik interessiert.

Im Kampf für ein neues Deutschland haben die Gewerkschaften eine ausschlaggebende Rolle gespielt und gerade deshalb weiß ich, daß die belgischen Genossen mit großem Interesse meinen Ausführungen folgen werden. Denn während die politische Vertretung der Arbeiterschaft Deutschlands sich während des Krieges spaltete, ist ihre wirtschaftliche Vertretung ungetrennt geblieben von all diesen Zersplitterungen, und wir dürfen hoffen, daß gerade diese unerschütterte Einheit der Gewerkschaftsbewegung die Annäherung der beiden sozialistischen Parteien, die heute in der Luft liegt, erheblich erleichtern wird. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gab ihr auch großen politischen Einfluß. Gerade im Kampf mit den Gewerkschaften und nicht die politischen Parteien die Führer der Abwehrbewegung. Unter inzwischen verstorbenen Genossen legten wir in jenen bösen Tagen der einspurigen Mann Deutschlands und die Gewerkschaften die Retter der jungen Republik.

Wohl ist von Seiten der Kommunisten alles mögliche geschehen, um diese glückliche Einheit zu zerstreuen. Wir wissen aber, daß das ein Unglück für unser Volk wie für die internationale sozialistische Bewegung wäre, und werden deshalb diese Zersplitterungsversuche mit aller Kraft zurückweisen. Ich bin überzeugt, daß wie bisher, so auch in Zukunft, die kommunistischen Wähler niemals stark genug sein werden, um unsere alten Gewerkschaften zu zerstören. Den kommunistischen Verbänden leistet leider die schnelle Zunahme der organisierten Gewerkschaften seit der Revolution gewissen Vorbehalt. Vor dem Krieg hatten wir ungefähr 2 1/2 Millionen Mitglieder, gegen Ende des Krieges war 1 Million ungefähr ausgeschieden, aber jetzt zählen wir etwa 8 Millionen. Ganz neu sind die gewerkschaftlichen Landes- und Arbeiterverbände, deren Entwicklung erst durch die Gewährung der Koalitionsfreiheit für ländliche Arbeiter nach der Revolution möglich war. Es sind jetzt etwa 800 000 ländliche Arbeiter organisiert. Aber unter diesen vielen neuen Mitgliedern gibt es recht viel zweifelhafte und unsichere Elemente. Nach der Revolution kamen die Unentschiedenen und Furchtsamen, die vor dem Kriege sich nicht zu organisieren wagten, aber bedenklicher sind die, die aus häßlichem Ehrgeiz und Egoismus die Gewerkschaften jetzt als gute Futtertröge zu benutzen glauben. Dazu kommen alle die, die hoffen, daß nach der Revolution für den Arbeiter das Paradies auf Erden kommen würde, und nun den Gewerkschaften den Vorwurf machen, sie treten nicht energisch genug für die Steigerung der Lebenshaltung des Arbeiters ein.

Nichtsdestoweniger können wir mit gutem Glauben in die Zukunft sehen, vor allem die Betriebsräte machen gute Fortschritte und werden zur Befestigung der Stellung der Gewerkschaften beitragen. Es ist und gelingen, die kommunistischen Elemente, die die Betriebsräte unabhängig und am liebsten gegen die Gewerkschaften ausbauen wollten, ganz zurückzuweisen. Jetzt sind die Betriebsräte ganz in den Händen der Gewerkschaften und arbeiten eng mit ihnen zusammen.

Zum Schluß wies Sassenbach auf die Bedeutung der Amsterdamer Internationalen hin, deren stärkster Flügel die große deutsche Gewerkschaftsbewegung ist. Unter lebhaftem Beifall der belgischen Genossen schloß er mit dem Wunsch, daß diese Amsterdamer Internationale dazu beifallen möge, ein Element der Versöhnung und Brüderlichkeit der internationalen Arbeiterbewegung zu werden.

## Zum Streik im Kartoffelgroßhandel.

Bequeme Ausreden.

In der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“ wurde berichtet, daß ein Teil der Straßenhändler und auch Kleinbändler sich den Streik der Kartoffellieferanten zunutzen gemacht hätten, indem sie die Preise für Kartoffeln sofort in die Höhe schraubten, so daß z. B. Preise von 1 M. bis auf 1.50 M. gefordert wurden.

Der Reichverband deutscher Obst- und Gemüsehändler teilt nun mit, daß infolge des Streiks der Kartoffellieferanten am Freitag eine plötzliche Steigerung der Preise in ganz Groß-Berlin eingetreten sei und ein großer Teil der Kleinbändler sich die Kartoffeln durch Mietsfahrwerke zum Geschäft fahren lassen mußte. Dadurch seien erhebliche Unkosten entstanden, die auf den Preis rückwirkten. Im übrigen liege infolge des Streiks der Kartoffellieferanten der Preis für Kartoffeln beim Erzeuger und beim Großhandel bereits am Sonnabend auf 1,10 und 1,20 M. für das Pfund, so daß der angegebene Kleinhandelspreis durchaus gerechtfertigt sei.

Durch diese Angaben wird die Tatsache, daß die Kartoffelpreise in den Tagen des Streiks in die Höhe schossen, nicht widerlegt. Den Verbrauchern kann es auch ganz gleichgültig sein, wer an der Preissteigerung schuld ist. Das mögen in diesem Falle die Beteiligten unter sich ausmachen. Auf der anderen Seite steht fest, daß die Konsumgenossenschaften in ihren Verteilungsstellen die Kartoffeln mit 25 Pfennig pro Pfund verkaufen. Wenn also die Verbraucher aus diesen Vorgängen eine Lehre ziehen wollen, so ist es die, daß sie in ihrem eigenen Interesse die Konsumgenossenschaft unterstützen, um sich in Zukunft vor solchen Preistreibern zu schützen.

## Gegen die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin.

Zur Behebung der Erwerbslosigkeit in Groß-Berlin ist die schnellste Inangriffnahme wirklich großartiger Notstandsarbeiten unerlässlich. Die zerrütteten Finanzen Berlins, verstärkt durch die inoffizielle Unterbindung des Kredits, und die erheblichen Störungen durch die Schaffung des einheitlichen Groß-Berlins, waren für die Durchführung großer arbeitsbeschaffender Aufgaben hinderlich. Gewissen ist aber darauf, daß die Stadt Berlin bisher jegliche Initiative hinsichtlich des Wohnungsbaues vermissen ließ. Bei den Verhandlungen haben daher die Gewerkschaftsvertreter die sofortige Inangriffnahme größerer Notstandsarbeiten verlangt, und zwar solcher, die auch wirtschaftlich wertvoll sind. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr die Bildung einer besonderen Kommission angeordnet, die die Vertreter aller für die Durchführung von Notstandsarbeiten größeren Stils in Frage kommenden Ressorts umfaßt, um ein schnelleres, reibungsloseres Arbeiten zu erzielen. Es werden vertreten sein: Reichsamt für Arbeitsvermittlung, Wohlfahrtsministerium, Stadt Berlin, Oberpräsident für Brandenburg und die Landesverwaltungsämter Berlin und Brandenburg. Hinzu kommt als siebentes Mitglied ein Vertreter der Gewerkschaften, der von der Berliner Gewerkschaftskommission bestimmt wird. Dieser enge Ausschuss soll die Aufgabe haben, Arbeitsebenen zu beschaffen und Notstandsarbeiten vorzubereiten, besonders aber die Frage der Finanzierung solcher Arbeiten zu prüfen. Gerade letzteres ist von besonderer Wichtigkeit, da endlich der Zustand beseitigt werden muß, daß notwendige und durchführbare Arbeiten scheitern, weil die Instanzen aus den Verhandlungen über die Finanzfrage nicht herauskommen. Die Berliner Arbeitslosenfrage ist mehr als eine rein örtliche. Das Reich muß sich daher entschließen, durchgreifend zu helfen.

Wir hoffen, daß endlich der neue Ausschuss Mittel und Wege findet, das Problem zu lösen. Erwägungen sind genug geflogen, nützen kann jetzt nur schnellste Arbeitsbeschaffung. Die Gewerkschaften sind zur Mitarbeit in diese Kommission gerufen, ihre Aufgabe wird dort sein, anstrengend zu wirken.

## Internationaler Buchdruckerkongress.

Am 3. September wird in Wien der 8. internationale Buchdruckerkongress zusammentreten. Es ist das erste Mal, daß ein internationaler Typographenkongress in Wien stattfindet, der diesmal noch dazu über eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu beraten haben wird. Sie umfaßt vorläufig folgende Punkte: 1. Eröffnung des Kongresses, Wahl des Bureau, Randprüfung und Festlegung der Geschäftsordnung. 2. Bericht der Sekretariatskommission (Arbeits- und soziale Bewegung). 3. Gegenseitigkeitsverträge (gegenseitige organisatorische und materielle Beziehungen zwischen den Verbänden: Viatium, Gegenseitigkeitsmarke, Kontrollnummer, einheitliche Baluta). 4. Industrieverband (Stellungnahme zur Schaffung von Industrieverbänden). 5. Technische Entwicklung im graphischen Gewerbe. 6. Tarifliche und tarifliche Fragen (Verbandsvereinschaft, Landes-, Regional- und Sozialtarife, Frauenarbeit). 7. Frage der Wehrfreiheit. 8. Anschließ der dem Internationalen Buchdruckersekretariat noch fernstehenden Verbände und Zusammenschluß der kleinen Organisationen. 9. Anträge der Verbände. 10. Wahl des Sekretärs. 11. Bezeichnung des Vorortes. Von mehreren Verbänden liegen auch bereits Anträge vor, so vom französischen Verband über die unter den einzelnen Verbänden abzustellenden Gegenseitigkeitsverträge; ein anderer über eine internationale Einheitsorganisation mit den Lithographen und den Buchbindern; vom norwegischen Verband über die Schaffung einer internationalen Reserveliste für alle dem Sekretariat angehörenden Organisationen; vom österreichischen Verband über die Beitragsleistung zu den Kosten des internationalen Buchdruckersekretariats auf Grund der Geldwährung jedes einzelnen Landes und Berechnung des Beitrages nur für die zahlenden Mitglieder. Anmeldungen zu dem Kongress liegen bis jetzt nur vor von den Landesorganisationen der Buchdrucker in Böhmen, der Niederlande, in Jugoslawien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Italien, Österreich, Schweiz, Siebenbürgen-Vanat, Norwegen und England (Londoner Maschinenmeistervereinigung).

Die Entpolisierung der Schutzpolizei. Bei der Gruppe Nord der Berliner Schutzpolizei ist, nach der Meldung einer Berliner Korrespondenz, in diesen Tagen eine Verfügung ergangen, die gegen die bevorstehende Verschmelzung der Organisationen der grünen Schutzpolizei und der blauen Verwaltungspolizei im Landesverband Preußen des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands Stellung nimmt. Unter Berufung auf das Wort Noskes: „Eine gewerkschaftlich organisierte Polizei ist eine stete Gefahr für das Volk“, wird in dem Erlaß vor der Bildung einer Einheitsgewerkschaft gewarnt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß durch diese Verschmelzung der genannten Organisationen die grüne Polizei leicht das Schicksal der alten blauen Polizei ereilen könne. Dem Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands stände lediglich die Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen seiner Mitglieder zu. Wie wir hören, beabsichtigt der Reichsverband sowie der Landes-

verband Preußen sich in einer Eingabe an das Ministerium und an das Kommando der Schutzpolizei gegen diesen Erlaß der Polizeigruppe Nord zu wenden.

Eisenbahner-Kongress in Warschau. Seit Sonnabend tagt in Warschau der Kongress des Berufsverbandes der polnischen Eisenbahner. Dieser Kongress ist für die Parteibildung der polnischen Arbeiterschaft charakteristisch als der offizielle Parteitag der polnischen Sozialisten. Laut des Geschäftsberichts zählt der Eisenbahnerverband 86 000 Mitglieder, darunter 4200 Analphabeten. Den rechten Flügel der Eisenbahner bilden die Mitglieder der PPS, und der Nationalen Arbeiterpartei; die Linke bilden die Kommunisten, die von Lencurki geführt werden, und die sogenannte Rote Fraktion. Um die Linke von der Verbandsleitung auszuschließen, lehnte der Kongress eine Proportionalwahl des Präsidiums mit 172 gegen 110 Stimmen ab, was für das Kräfteverhältnis kennzeichnend ist. Während der drei ersten Kongrestage herrschten ausschließlich politische, vorwiegend unterbrochene Debatten vor. Der ehemalige Premierminister Moraczewski, der die Leitung der Verhandlungen übernahm, bemüht sich, die Sprengung der Berufsverbände zu verhüten, unter deren Mitgliedern die Werksstättenarbeiter besonders radikal sind.

Angünstigte Aussichten für deutsche Kaufleute in Italien. Die dem Reichswanderungsamt aus Genua mitgeteilt wird, herrscht in Italien zurzeit eine so starke Wirtschaftskrise, daß es jungen deutschen Kaufleuten nur in Ausnahmefällen gelingen wird, dort eine Stellung zu finden. Viele Firmen haben bereits einen Teil ihrer Angestellten entlassen. Der Höhepunkt der Wirtschaftskrise ist dabei noch nicht mal überschritten.

Der Bund deutscher Eisenbahn-Handwerker wird am 15. August zum Deutschen Metallarbeiterverband übertreten. Der Bund, der vor 9 Jahren gegründet wurde, als es den in staatlichen Diensten stehenden Arbeitern und Angestellten noch sehr erschwerte, sich gewerkschaftlich zu betätigen, hat 50 Ortsgruppen mit 5000 Mitgliedern.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband ruft für den 6. und 7. August seinen erweiterten Vorstand zusammen, um zu der gegenwärtigen Lage bzw. zu einer Lohnbewegung des Eisenbahnpersonals Stellung zu nehmen. Zum 9. August hat der DVB die übrigen Eisenbahner-Organisationen zu einer gemeinsamen Aussprache über obige Angelegenheit zusammengerufen.

Deutscher Werkmeisterverband. Der 15. Fachgruppe „Papier“. Generalsammlung: Freitag, 3. August, nachm. 5 Uhr im Schulthei. Neue Jochstr. 24/25. Fachgruppe 10. Automobil- und Kraftfahrzeugbau. Donnerstag, abends 7 Uhr, Versammlung im Schulthei. Neue Jochstr. 24/25.

Freiwilligen. Donnerstag, den 4. August, Versammlung abends 7 1/2 Uhr, Engländer 15 (Rehauent).

Deutscher Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-Berlin). Gruppe: Tappen und Papier. Donnerstag, den 4. August 1921, nachm. 5 Uhr in der Schulaula, GutsMuths-Str. 54. Wichtige Gruppenversammlung. Tagesordnung: Die Verhandlungen mit den Arbeitgeber.

Verband der Fabrikarbeiter, Gruppe der Leuchtenlampen-Batterien und Elementen-Industrie. Donnerstag, den 4. August 1921, abends 5 Uhr, im Sophien-Kino, Weinmeisterstr. 18. Gemeinsame Salkersammlung mit den Kollegen des Metallarbeiterverbandes. — Stellungnahme zur Abkündigung des Tarifes und Aufhebung der Forderungen. — Gruppe: Eisenarbeiter. Donnerstag, den 4. August 1921, abends 14 Uhr, findet in der Schulaula, Annenstr. 16, eine außerordentliche Versammlung der Eisenarbeiter statt. Mitgliedsbuch legitimiert.

## Soziales.

### Die unterstützten Erwerbslosen im Reich.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Im Juni d. J. ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich von 358 161 am 1. Juni auf 316 970 am 1. Juli gesunken. Der Rückgang beträgt also diesmal ziemlich genau 11,5 v. H. und ist damit etwas größer als der Rückgang während des Monats Mai. Unter den Unterstützungsempfängern sind 245 713 männliche und 71 257 weibliche. Hinzu treten noch 339 803 Zuschlagsempfänger (d. h. Familienangehörige der Erwerbslosen). Die Besserung des Arbeitsmarktes, die in den genannten Zahlen zum Ausdruck kommt, ist vor allem auf den stärkeren Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, sodann aber auch auf die bessere Beschäftigung einer Reihe von Industrien, insbesondere des Baugewerbes, zurückzuführen. Trotz alledem bleibt das Gesamtbild unerfreulich genug, zumal wenn man berücksichtigt, daß mehrere hunderttausend Personen ständig nur mit Hilfe der produktiven Erwerbslosen für Sorge, also künstlich, der Arbeitslosigkeit entzogen sind, daß die nicht unterstützten Arbeitslosen von der Statistik ebenso wenig erfasst werden, wie die Kurzarbeiter, deren Anzahl gerade in den letzten Wochen wieder stark gestiegen ist und daß mit einer Vermehrung auch der unterstützten Erwerbslosen bei Eintritt der kälteren Jahreszeit unbedingt zu rechnen ist.

### Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Zehnmarken- und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trägt man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

G. R. M. 1. Uns nicht bekannt, fragen Sie einen Droghen. 2. Nein; gibt es Abens nicht freihändig, da eines der nächsten Sätze.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Becker, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Hühneraugen  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
besitzt das einzig empfohlene milde, nicht schmerzhaft bewirkende  
**Kukirol**  
Schachtel M. 3.—. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

## Besonders günstiges Angebot für Hosen! ♦ Gültig einige Tage!

Herren-Hosen	aus solidem, gestreiftem Buckskin . . . . . M. 55,	40 <sup>00</sup>
Herren-Hosen	in schönen Kammgarnstreifen . . . . . M.	72 <sup>00</sup>
Herren-Hosen	Friedensqualität, sehr haltbar, in modernen Streifen . . . . . M.	87 <sup>00</sup>
Herren-Hosen	aus Kammgarn und Cheviot, in sparten geschmackvollen Streifen . . . . . M. 200, 150, 120,	98 <sup>00</sup>
Herren-Hosen	aus 1a Tuchkammgarn und Satin . . . . . M.	220 <sup>00</sup>
Sport-Hosen	Breechesform, aus Loden, Homespun oder Cheviot . . . . . M. 150, 125,	98 <sup>00</sup>
Manchester-Hosen	lang oder Breechesform . . . . . M. 175,	150 <sup>00</sup>
Herren-Hosen	in Trikotgewebe . . . . . M.	125 <sup>00</sup>
Militär-Hosen	feldgrau, haltbare Qualität . . . . . M. 108, 85,	85 <sup>00</sup>
Arbeits-Hosen	aus feldgrauem, 1a reinwollenem Drill, elastische Qualität . . . . . M.	48 <sup>00</sup>

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotsagen u. d. anderen dgl. dgl.

Herren-Sommerhosen	a. grau, grün, od. khakifarb. Stoff, einfache od. Breechesform von M.	66 <sup>00</sup>
Tennis-Hosen	aus reinwollenem, weissem Flanell . . . . . M.	198 <sup>00</sup>
Jünglings-Hosen	in Mustern und Qualitäten des Herrenhosen entsprechend . . . . . von M.	38 <sup>00</sup>
Knaben-Stoffhosen	aus starkem Buckskin . . . . . von M.	30 <sup>00</sup>
Knaben-Waschhosen	aus blauem Leinwandgewebe, von M.	19 <sup>00</sup>
Knaben-Turnhosen	aus sehr gutem, weissem Körper, von M.	18 <sup>00</sup>
Gummimäntel für Damen	in sehr guter Qualität u. moderner Ausführung M.	250 <sup>00</sup>

**BAER SOHN**  
Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Der Versand nach ausserhalb erfolgt i. d. Reihenfolge der eingehenden Aufträge